

Einzelbesprechungen = Comptes rendus

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse**

Band (Jahr): **28 (1948)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Einzelbesprechungen — Comptes rendus

HANS FEHR, *Die Tragik im Recht*. Zürich, Schultheß & Co. AG., 1945. 114 S.

Das Schriftlein ist «Gewidmet allen Gutgesinnten, die den Völkerhaß vergessen können und vergessen wollen», ein Gruß zur Hauptsache über die Grenzen hinaus ins Ausland, wo Prof. Fehr 20 Jahre gelehrt und auch nachher mit seinen Schriften so nachhaltig gewirkt, daß ihm zu seinem 70. Geburtstag am 9. September 1944 deutsche Gelehrte eine Festschrift widmeten, die unter dem Titel: Kunst und Recht, allerdings erst dieses Jahr in Karlsruhe im Drucke erschien. Der Titel schon bringt uns eine Reihe Werke des Geehrten in Erinnerung, wie Das Recht im Bilde, Das Recht in der Dichtung, Die Dichtung im Recht¹. Dieser Reihe, die im zwiespältigen Dasein des Rechtshistorikers als Jurist und Geschichtsforscher alle das Gewicht auf Seite des Historikers haben, fügte Fehr eine neue Studie bei, eben: Die Tragik im Recht. Es geht ihm dabei nicht um den Kampf des Rechts gegen das Unrecht, sondern um den Kampf von Recht gegen konkurrenzierendes Recht. Wir dürfen in manchen Fällen vielleicht von Entwicklungserscheinungen sprechen, so etwa beim Zusammenprall von Sippenrecht und staatlichem Recht. Aber mit dieser Erklärung ist die Tragik an sich nicht aus der Welt geschafft; sie mußte den Menschen hart treffen, solange beispielsweise das schwindende Sippenrecht vom Verwandten gebieterisch Blutrache heischte, das erstarkende staatliche Recht diese zu verhindern suchte. Ähnliche Zusammenstöße konnten sich beim Übergange vom Heimat(= Stammes-)recht zum Landesrecht, vom Personalitäts- zum Territorialitätsprinzip ereignen. In späterer Zeit prallen etwa Lehnrecht und Stadtrecht zusammen. Im Laupenkriege 1339 beispielsweise wäre Rudolf v. Erlach fast in einen solchen Rechtskonflikt gekommen, indem er einerseits Dienstmann des Grafen von Nidau, andererseits Bürger der Stadt Bern war, dem einen durch Lehenstreue, der andern durch Bürgerpflicht verbunden. Wohl entband ihn der Graf seiner Verpflichtung ihm gegenüber. Aber wer weiß, wieviel Tragik trotzdem für den Ritter blieb? In ähnlicher Weise stehen sich auch Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht gegenüber.

¹ Vergleiche über das Gesamtschaffen Fehrs seine Schrift: Mein wissenschaftliches Lebenswerk. Paul Haupt, Bern 1945, 46 S.

Heilt die Zeit derartige Gegensätze, so ist der Zusammenstoß staatlichen und kirchlichen Rechtes, besonders katholischen Kirchenrechtes, wohl von ewiger Dauer, da nie das eine ganz durch das andere abgelöst werden kann. Diese Erörterung ist für den Historiker besonders wertvoll, da er ja nicht gewohnt ist, die Geschichte nach derartigen Gesichtspunkten zu betrachten. Selbst bei der vollen Kenntnis all der Einzeltatsachen wird er kaum je so von der Tragik beeindruckt werden, wie wenn er die Dinge im Zusammenhange betrachtet. Was mußte in der Reformationszeit in einem Katholiken vor sich gehen, der sich dem Zürcher, dem Berner durch einen Eid verbunden wußte, dem aber derselbe Reformierte ein des Feuer-todes würdiger Ketzer war, mit dem von Kirchenrechts wegen jeder Verkehr untersagt war! «Man kann es gar nicht anders, als ein geschichtliches Wunder bezeichnen», meint Fehr, «daß die Eidgenossenschaft diese Tragik aushielt und zusammengekettet blieb». Einzelne Konflikte zwischen staatlichem und katholisch-kirchlichem Recht sind unlösbar, so etwa im Scheidungsrecht, andere sind durch einen Modus vivendi, durch ein Konkordat überbrückt. «Die Kirche ist gewichen; aber sie ist im Grunde nur der Macht, nicht dem Recht des Staates gewichen».

In einem weiteren Abschnitt zeigt Fehr, «Wie Naturrecht und positives Recht in ewigem Kampfe liegen». Das Naturrecht, hier nicht als etwas Absolutes, Unabänderliches aufgefaßt, sondern als etwas, das selber ungeheuerliche Wandlungen durchgemacht, aber stets auf der Suche nach einem Letzten, Wahren, Absoluten begriffen ist, scheint in seinen mannigfachen Formen stets als vehiculum der Einführung großer neuer Ideen ins positive Recht gedient zu haben.

«Wie das Widerstandsrecht sich der tragischen Situationen bemächtigt», ist der letzte Abschnitt überschrieben und zeigt, wie die Kirche im Kampfe gegen den Staat unter Umständen ein Widerstandsrecht gegen denselben geltend macht, wie aber auch im Staate selbst unter dem Einfluß der Lehre von der Volkssouveränität im Kampfe von Fürstenrecht gegen Volksrecht, von Naturrecht gegen positives Recht, ein Widerstandsrecht die tragische Situation sozusagen aufhebt, vernichtet.

Die Arbeit Fehrs ist ein großer Wurf, wert, studiert zu werden.

Zürich.

H. W. Ruoff.

The correspondence of Sir Thomas More, edited by ELIZABETH FRANCES ROGERS, Princeton University Press, 1947, XXIII und 584 S.

Zu den freudigen Überraschungen, die der Historiker in diesen Nachkriegstagen erleben darf, gehört das Erscheinen dieser kritischen Ausgabe der Briefe des Thomas Morus. Sie ist die Frucht einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit englischer und amerikanischer Forschung. Neben dem amerikanischen Erasmusbiographen Preserved Smith war der Hauptanreger

dieser Ausgabe Percy Stafford Allen. Das Vorbild seines bewundernswerten *Opus Epistolarum Desiderii Erasmi Roterodami* ist in dieser Ausgabe der Moruskorrespondenz auf den ersten Blick erkennbar. Frau Helen Mary Allen, die in Oxford seit dem Tode ihres Gatten die Vollendung seines Lebenswerkes betreute, durfte auch dem Erscheinen dieser amerikanischen Arbeit mit einem Vorwort zu Gevatter stehen. Elizabeth Rogers hatte schon um 1925 in der *English Historical Review* einen *Calendar of the Correspondence of Sir Thomas More* publiziert, eine gründliche Vorarbeit zur Sammlung und Datierung der Materialien. Heute legt sie das Ergebnis ihrer seitherigen Forschungen vor. Es sind 218 Briefe, von denen ungefähr vierzig bereits in der Erasmusbriefausgabe gedruckt sind. Diese letztere Gruppe ist begreiflicherweise hier nur verzeichnet, aber nicht als Text wieder aufgenommen worden. Im übrigen hat man nun zum erstenmal in einem einzigen Band alles, was man an Briefen des Morus besitzt, vereinigt: lateinische, englische und einige französische Stücke. Bisher waren wohl einzelne Gruppen von Briefen publiziert worden, vieles verstreut in schwer erreichbaren alten biographischen Texten, anderes als Vorworte zu theologischen Controversschriften. Staatsbriefe von seinen Gesandtschaften blieben in den Archiven liegen. Sein Briefwechsel mit der Universität Oxford ist bisher nie ganz publiziert worden. Die letzten Briefe aus dem Tower sind zwar schon im 16. Jahrhundert in den *English Works*, deren Ausgabe ein Neffe Mores, William Rastell, während seines Exils auf dem Kontinent vorbereitet hatte und dann in der Zeit der Königin Maria in London drucken konnte, veröffentlicht und seither auszugsweise übersetzt worden. Aber erst Elizabeth Rogers stellt sie nun in ihren natürlichen Zusammenhang, indem sie sie auf Grund der Originale, z. T. erhaltener Autographa, neu ediert als Krönung und Abschluß der Gesamtkorrespondenz: eines der bedeutsamsten Dokumente nicht nur des 16. Jahrhunderts, sondern der europäischen Geistesgeschichte überhaupt. Für die kritische Wiedergabe und Kommentierung dieser englischen Texte wird man der Herausgeberin nicht dankbar genug sein können und dabei gerne vergessen, daß sie bei der Wiedergabe der lateinischen Stücke von der Freiheit des Herausgebers zu einer vernünftigen Emendation, besonders in der Interpunktion, allzu bescheiden Gebrauch gemacht hat.

Auf den Inhalt der Briefe einzugehen ist hier nicht der Ort. Die prächtige Morusbiographie R. W. Chambers' ist nun in aller Hände und bereitet den Weg für ein neues Morusbild weiterer Kreise vor, das nicht mehr in die alten unvereinbaren Kontraste eines lukianischen Verfassers der *Utopia* und eines christlichen Märtyrers im Tower auseinanderfällt. Ob man Chambers in allen Stücken zustimme oder nicht, jedenfalls vollzieht sich nun die historische Reintegration einer geistigen Gestalt, deren Erinnerung seit dem 16. Jahrhundert in Stücke zerbrochen ist. Der angelsächsischen Wissenschaft, die der neuen Erkenntnis durch eine vielfältige Forschung der letzten Jahrzehnte Bahn gebrochen hat, fühlt man sich zu größtem Dank verpflichtet.

Neben der Biographie R. W. Chambers und der neuen Ausgabe der englischen Werke, die 1931 zu erscheinen begann, wird die vorliegende Ausgabe der Briefe die entscheidende Grundlage für die Diskussion bilden. In diesen unmittelbarsten Dokumenten sieht man den ersten und treuen Freund des Erasmus vereinigt mit dem Schöpfer der kommunistischen Utopia, verschmolzen mit dem Mann der Tat in Rechtsleben und Diplomatie und endlich identisch mit dem Märtyrer des christlichen Einheitsgedankens als eine evidente, und nun allerdings sogar im gestaltenreichen sechzehnten Jahrhundert überragende, bei allen Gegensätzen geschlossene Persönlichkeit.

B a s e l.

W e r n e r K a e g i.

EUGENIO GARIN, *Der italienische Humanismus*. Ins Deutsche übertragen von Giuseppe Zamboni. Verlag A. Francke AG., Bern 1947. Band 5 der Sammlung Überlieferung und Auftrag. 295 S.

Zu den bisherigen Standard-Werken von Burckhardt, Gobineau, Voigt über den Humanismus und der im wesentlichen auf dieser geistigen Einstellung und Haltung beruhenden Renaissance gesellt sich diese kluge und konzentriert abgefaßte, dem hastigen Leser allerdings in mancherlei Beziehung Widerstand leistende Abhandlung von Eugenio Garin. Der Verfasser, ausgehend von der oft nicht scharf genug herausgehobenen Tatsache, daß Humanismus und Renaissance nicht nur die Wiedergeburt der antiken schönen Literatur und Kunst im besondern, vielmehr die Wiedergeburt der antiken Kultur überhaupt und im breitesten Sinne des Wortes erstreben, nimmt sich zur Zielsetzung, dem mit den Grundfragen bereits vertrauten Leser wesentliche Einblicke zu geben in die Entwicklung des italienischen Denkens vom endenden 14. Jahrhundert bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. Gewiß gewähren auch die Handbücher der italienischen Literatur, ich denke an Vossler und Hauvette, allgemein gehaltene Aufschlüsse über die Frage nach dem Wesen des Humanismus und der Renaissance. Garin geht aber in seiner Abhandlung der üblichen Darstellung insofern aus dem Wege, als er Gelehrte, Wissenschaftler, Dichter und Moralisten erwähnt und ausgiebig zu Worte kommen läßt, welche die offizielle Literaturgeschichte eigentlich oft nur dem Namen nach kennt. Zwar schmälert Garin die Bedeutung des größten Humanisten, Petrarca, des «*primo uomo moderno per la sua anima irrequieta*» keineswegs; dann aber wendet er sich jenen weniger bekannten zweitrangigen Geistern — wenn man so sagen darf — zu, Salutati, Bruni, Ficino, Pico, um an Hand ihrer Werke zu zeigen, daß der Humanismus nicht etwa die Weltanschauung einer behaglich bürgerlichen Zeitspanne darstellt, keine geruhssame Epoche verkörpert, sondern aus einer eigentlichen Krise herausgewachsen ist und einen gewaltigen Versuch darstellt, die Fülle positiver Kräfte der griechisch-römischen Weltanschauung mit der christlichen Auffassung in ihren großen

Zügen in Übereinklang zu bringen. Die Erforschung dieser wenig bekannten Dichter und Texte erschließt uns besonders nachdrücklich jene dem Humanismus eigene Auseinandersetzung zwischen der aktiven und der kontemplativen Lebensanschauung; sie zeigt auch mit aller Deutlichkeit, wie die damalige Vertiefung in den Geist der Antike einerseits zu einer ausgesprochenen Weltflucht führen kann, andererseits aber auch zu einer Übersteigerung des antiken Ideals hindrängt, die im ausgeprägten Selbstbewußtsein und Selbstgefühl des Renaissance-Menschen ihren Ausdruck finden mußte. Man denke an Bramante und sein Hauptwerk, den Petersdom, welcher letzter eine architektonische Verbindung des antiken Pantheon und der Maxentiusbasilica, den beiden größten Gebäuden der antiken Stadt, darstellt; man denke an Columbus und seine Nachfolger, die einen im Altertum und im Mittelalter nur als theoretisch möglichen Plan in die Wirklichkeit umsetzten. Den von Garin erwähnten und ausgiebig zitierten Werken entnimmt man mit beglückender Klarheit, wie festbegründet die Auffassung der Humanisten damals dastand, die Auffassung, daß der Mensch erst durch humanistische Studien, jene «*studia humanitatis*» zu einem wahrhaft freien Wesen sich entwickeln könne. Immer wieder bricht das Bestreben durch, an Stelle der mittelalterlichen namentlich kirchlichen Gebundenheit die antike von den Sophisten begründete Freiheit des Einzelmenschen zu setzen. Von besonderer Bedeutung sind auch jene Stellen, welche zeigen, daß dieses uneingeschränkte Streben nach der Antike, nach ihrem Kulturniveau auf allen Gebieten, diese Verherrlichung des antiken Vorbildes seinerseits zwar auch zu einer Fesselung der Lebensanschauung zu führen vermag, zu einer gewissen Unfreiheit in der Beurteilung des mittelalterlichen Geistes und der christlichen Weltanschauung. Das Buch von Eugenio Garin bringt wesentliche Materialien und wertvolle Beobachtungsmöglichkeiten, denen auch der Fachmann seine Zustimmung nicht versagen wird, wenn auch zugegeben werden muß, daß der historische Standpunkt neben den zahlreichen Quellen zu kurz kommt und wohl auch die Übersetzung dem italienischen Text stilistisch und inhaltlich nicht immer gerecht geworden sein mag.

Schaffhausen.

Hans Käser.

P. THEODOR SCHWEGLER OSB, *Geschichte der katholischen Kirche in der Schweiz von den Anfängen bis auf die Gegenwart*. 2. umgearbeitete und vermehrte Auflage. Verlag Josef von Matt, Stans 1943 (erschienen 1945). 425 S.

Als erster hat es der Verfasser unternommen, die reiche kirchengeschichtliche Literatur unseres Landes zu einer Gesamtdarstellung der Geschichte der katholischen Kirche in der Schweiz zu verarbeiten. 1935 ist das Buch im Umfange von 288 Seiten erstmals herausgekommen. In der

ein Jahrzehnt später erschienenen Neuauflage ist der Band auf über 400 Seiten angewachsen. Er stellt eine durchgreifende Neubearbeitung dar, die den ursprünglichen Charakter eines zunächst für den Unterricht geschaffenen Leitfadens weitgehend abgestreift hat. Namentlich ist dankbar hervorzuheben, daß Schwegler, den gegenüber der ersten Auflage geäußerten Wünschen entsprechend, nun wesentlich stärker auf das Innere der kirchlichen Entwicklung, auch auf die Geschichte der Religiosität im Volke, eingegangen ist.

So erhalten wir ein im wesentlichen umfassendes Bild von der katholischen Kirchengeschichte der Schweiz, soweit sich heute ein solches auf Grund der kaum mehr übersehbaren, naturgemäß sehr ungleich weit gediehenen Einzelforschungen zeichnen läßt. Mit den spärlichen Nachrichten über die christlichen Anfänge in römischer Zeit beginnend — wobei der legendarische Charakter mancher Überlieferung von den ersten Glaubensboten und Glaubenszeugen deutlich hervorgehoben wird — führt der Verfasser den Leser im ersten Hauptabschnitt durch die Wirren der Völkerwanderung bis in die Merowingerzeit. Es wird das Wesentliche gesagt über die Organisation der Bistümer und die Geschichte der ältesten Klöster. Bei Erwähnung des Justinianus, des Bischofs der Rauriker (S. 14), müßte wohl gesagt werden, daß die Echtheit der Akten der Kölner Synode von 346, die seinen Namen überliefern, fraglich ist. Was S. 12 über Ursus und Viktor bemerkt wird, ist kaum haltbar. Gewünscht hätte man sich eine einläßlichere und systematischere Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Pfarreiorganisation, als sie S. 22 und 66 ff. geboten wird. Allerdings muß gerade auf diesem Gebiete die schweizerische Forschung die Hauptarbeit erst noch leisten. Wir haben dem Werke Pflegers über die Geschichte der elsässischen Pfarrei noch nichts Entsprechendes an die Seite zu stellen. S. 24 wird 761 als Gründungsjahr der Pfarreien Spiez und Scherzligen genannt, während in der betreffenden Straßburgerurkunde (von 762), deren Echtheit übrigens umstritten ist, jene beiden Pfarreien und außerdem wahrscheinlich das solothurnische Biberist (Biberussa) lediglich als damals bereits bestehend erwähnt werden. Nicht überall ganz genau ist der Grenzbeschrieb der Archidiakonate und Dekanate des schweizerischen Teils der Diözese Konstanz (S. 70). Zum Archidiakonat Aargau gehörten nicht alle rechts der Aare gelegenen Gegenden des heutigen Kantons Aargau. Die meisten Pfarreien östlich der Reuß wurden zum Archidiakonat Zürichgau gezählt, teils zum Kapitel Zürich, teils zum Dekanat Regensberg.

Mit Recht nimmt im zweiten, dem eigentlichen Mittelalter (8.—16. Jahrhundert) gewidmeten Hauptabschnitte des Buches die Geschichte der älteren Klöster und ihres Wirkens für Religion und Kultur, im Frühmittelalter namentlich St. Gallens, dann die Geschichte der Kluniazenser, Zisterzienser und andern Reformorden des Hochmittelalters, sowie der Bettelorden einen breiten Raum ein. Der Anteil unseres Landes an den Geschicken der allgemeinen Kirche, im Spätmittelalter insbesondere am Schisma, findet die ge-

bührende Würdigung. Über das Werden und Umsichgreifen des vorreformatischen Staatskirchentums der eidgenössischen Orte wird man eingehend und gut orientiert. Die religiösen Zustände in Volk und Klerus des Hochmittelalters wie der letzten Zeiten vor der Glaubensspaltung erfahren eine einläßliche Schilderung. Hier besonders, aber auch in den übrigen Teilen des Buches erkennt man den ehrlichen Willen des Verfassers, Licht und Schatten gerecht zu verteilen und unerfreuliche Zustände nicht zu beschönigen. Durch sorgfältigere Verwertung der Literatur, namentlich auch der neuesten, hätten sich hingegen verschiedene ungenaue oder unrichtige Angaben vermeiden lassen. Das Kloster Muri ist 1027, nicht 1017 gegründet worden (S. 52). Für die Annahme der Abstammung Notkers, des Mitstifters von Beinwil, von den Froburgern (S. 81) bestehen keinerlei Anhaltspunkte. Der Name des Stifters der Propstei Interlaken lautet richtiger Seliger (statt Scaliger) von Oberhofen (S. 56), jener des Gründers der Basler Kartause Jakob (statt Jodok) Zybol (S. 91). Der Gründer des Lazariterhauses Seedorf, Arnold von Brienz, war nicht Graf (S. 86), ebensowenig wie Konrad von Tilndorf, der überdies nicht mit Bestimmtheit mit dem Vogt Geßler der Sage identifiziert werden darf (S. 124). Die Umwandlung des Stifts St. Ursen in Solothurn in eine Kollegiatkirche von Weltpriestern (S. 56) erfolgte nicht erst im 12., sondern wohl schon in der 1. Hälfte des 10. Jahrhunderts. Schönenwerd ist wahrscheinlich auch am Anfang kein Kloster (S. 56), sondern ein Regularstift gewesen (s. diese Zeitschrift 1924, S. 174 f.). Die Umwandlung des Klösterchens Zurzach in ein Chorherrenstift erfolgte nicht erst 1279 (S. 56); damals bestand es schon, wohl seit etwa der Jahrtausendwende, als solches und erhielt nur neue Statuten. Das Stift Zofingen ist nicht von seinen Gründern, den Froburgern, mit vielen Kirchenpatronaten in den Kantonen Aargau und Luzern ausgestattet worden. Diese kamen, von Zofingen selbst abgesehen, erst später in seinen Besitz. Die von den Froburgern geschenkten Kirchen lagen im Baseltal und im Solothurnischen. Von einer ständischen Ausschließlichkeit darf bei spätmittelalterlichen Stiftungen wie Zofingen, Zurzach, Beromünster (S. 73) kaum gesprochen werden, höchstens von einer starken Bevorzugung der am städtischen Regiment Berns, Luzerns und auch anderer Orte beteiligten Familien. Zu Unrecht wird S. 156 gesagt, die Antoniusbruderschaft zu Uznach sei wohl die älteste Bruderschaft des Landes gewesen; in Basel z. B. entstanden solche schon in der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts (vgl. Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel II, 2, S. 785 f. u. Basler Jahrbuch 1883). Ungenau ist es, wenn S. 83 vom direkten Übergang der Erbmasse der Lenzburger und Zähringer an die Habsburger, statt zunächst an die Kiburger, gesprochen wird. S. 110 wird irrtümlich Frauenkappellen statt Fraubrunnen als einer der Schauplätze des Guglerkrieges von 1375 genannt.

Besonders eindrücklich ist das Bild, das der Verfasser, nachdem er den Ablauf der Reformation in den Grundzügen erzählt, von der katholi-

schen Reform im 16. und 17. Jahrhundert zu zeichnen versteht. An die Darstellung der in dieser kirchlichen Erneuerung wurzelnden Barockkultur schließen sich organisch die gut orientierenden Kapitel über das Staatskirchentum der katholischen Aristokratie des ausgehenden Ancien Régime und über das Eindringen der Ideen der Aufklärung in die führenden Gesellschaftsschichten namentlich des katholischen Vorortes Luzern. Diese Erscheinungen waren die Vorboten der Neuzeit, in die auch der schweizerische Katholizismus mit der Helvetik eintrat. Durch die erste Hälfte der seitdem verflossenen anderthalb Jahrhunderte zieht sich ein fast ununterbrochener harter Kampf zwischen Kirche und Staat, dem viele noch lebensfähige kirchliche Institute zum Opfer gefallen sind, darunter Abteien wie St. Gallen, Muri, Wettingen, St. Urban, Fischingen, Rheinau, Mariastein. Aber die gleiche Zeit sah, neben der mühsamen Neuordnung der schweizerischen Bistumsverhältnisse, auch frisches kirchliches Leben aufblühen und sich die ihm angemessenen Formen und Organisationen schaffen.

Mit dem Überblick über die von den Katholiken seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert geleistete Kulturarbeit auf den Gebieten der Religion, Bildung und Kunst, der Caritas und Sozialreform schließt Schwegler seine Darstellung. — Auch die Abschnitte über die neueren Jahrhunderte sind leider nicht frei von Fehlern. Nach der Besetzung des Fürstbistums Basel durch die Franzosen 1793 wurde dieses ganze Gebiet, das z. T. bis 1781 kirchlich nicht unter Basel, sondern unter Besançon gestanden und erst damals mit der Diözese Basel vereinigt worden war, der Jurisdiktion des Bischofs von Straßburg unterstellt und blieb es bis 1815. Die Angabe S. 277 ist daher nur z. T. richtig, desgleichen, was S. 281 über die Erhebung des Chorherrenstiftes St. Ursen zum Domkapitel des Bistums Basel, speziell über die Zahl der Kanonikate gesagt wird. Die solothurnischen Gebiete des Bistums Lausanne wurden von diesem nicht schon 1794 abgetrennt und dem Basler Bischof unterstellt (S. 70), sondern erst 1814/15. Daß der aufgeklärte Aarauer Pfarrer V. G. Keller mit Zschokke die «Stunden der Andacht» herausgegeben habe (S. 268), steht jedenfalls im Widerspruch zur Aussage von Zschokke selbst, der übrigens nicht den politischen Flüchtlingen beizuzählen ist. Kellers Nachfolger Vock, seit 1831 Domdekan in Solothurn, hat seine 1833 indizierte Schrift (S. 268) schon 1816 anonym veröffentlicht; der Neudruck 1832 (mit Namensnennung) erfolgte ganz ohne des Verfassers Wissen.

Stark ausgebaut hat Schwegler gegenüber der ersten Auflage den Anhang seines Buches, insbesondere das Literaturverzeichnis, das von kaum anderthalb auf fast 20 Seiten angewachsen ist. Über die Auswahl des Schrifttums kann man natürlich da und dort verschiedener Meinung sein. Im allgemeinen ist doch das Wesentliche aufgeführt und namentlich dem Nichtfachmann auf dem Gebiete der Kirchengeschichte ein willkommener Wegweiser zur Spezialliteratur gegeben. Nicht überall sind die bibliographischen Angaben fehlerlos. Verschiedentlich sind von Werken nicht alle wirklich

erschienenen Bände aufgeführt (z. B. Concilium Basiliense; Thommen, Urkunden aus österreichischen Archiven). Unter den Quellen vermißt man etwa C. Wirz, Regesten zur Schweizergeschichte aus päpstlichen Archiven (1911 ff.). — Wertvolle Beigaben des Buches stellen dar: eine Übersicht über die Dekanate aller schweizerischen Bistümer, Verzeichnisse der päpstlichen Nuntien und der Bischöfe der schweizerischen und der benachbarten Diözesen, denen nennenswerte Teile unseres Landes unterstellt gewesen sind, sowie der Stifte und Klöster, mit Angabe des Gründungs- und eventuell des Aufhebungsdatums, und der sozial-karitativen Institutionen und Anstalten. Ein einläßliches Namen- und Sachregister beschließt den Band. Für die Aufstellung der Bischofsverzeichnisse ist nicht immer die neueste, zuverlässige Literatur benutzt worden. So hat der Verfasser offenbar für die Konstanzer Bischofsliste die Regesta Episcoporum Constantiensium, für jene von Basel das Verzeichnis in Band 7 (S. 463 ff.) der «Basler Chroniken» nicht herangezogen. Daraus haben sich gewisse Unstimmigkeiten ergeben, einmal in den Daten, dann auch in den Namen, indem verschiedentlich Bischöfe entweder falschen Familien zugeschrieben werden (z. B. der Basler Bischof Lütold II., 1238—1249, der den Freien von Röteln, nicht von Aarburg entstammte) oder solche, deren Herkunft unbekannt ist, auf Grund älterer Literatur einen bestimmten Familiennamen erhalten haben (z. B. der Konstanzer Bischof Otto II., 1165—1174, angeblich ein Habsburger). Auch die Daten der an sich begrüßenswerten Zusammenstellung der Stifte und Klöster halten einer kritischen Prüfung nicht ausnahmslos stand, so etwa die Gründungsdaten von Wettingen (1127 statt 1227) und des Zürcher Predigerklosters (1299 statt 1229). Die einzige Schweizer-niederlassung der Wilmhelmer, Sion bei Klingnau, ist gar nicht genannt. Es ist zu bedauern, daß diese und auch andere, z. T. schon erwähnte Mängel in der 2. Auflage stehen geblieben sind, obgleich bereits die Rezension der 1. Auflage (v. O. Mittler in dieser Zeitschrift 1939, S. 314f.) darauf hingewiesen hat. Zu begrüßen ist, daß die Zahl der dem Buche beigegebenen Karten — deren graphische Gestaltung allerdings noch Wünsche offen läßt — vermehrt wurde. Druck und äußere Ausstattung des Bandes sind vorzüglich.

Wenn der Rezensent sich auch veranlaßt sah, auf Irrtümer und Ungenauigkeiten hinzuweisen, so ist er sich doch durchaus bewußt, welche außerordentliche Arbeitsleistung im Buche Schweglers steckt. Die Literatur, die verarbeitet werden mußte, ist, wie schon betont, nicht nur umfangreich, sondern auch sehr ungleich in ihrem Werte, und eine umfassendere und zuverlässige Gesamtdarstellung besitzen wir nicht, im Gegensatz zur allgemeinen Schweizergeschichte. Wie bei jeder zusammenfassenden Darstellung wird man auch hier die eine oder andere Frage oder Persönlichkeit entweder eingehender oder knapper behandelt wünschen, über diese oder jene Erscheinung etwas anders urteilen als der Verfasser. Aber als Ganzes verdient diese gut geschriebene und jedenfalls noch auf Jahre hinaus ein-

zige Gesamtdarstellung die dankbare Anerkennung aller, die sich in Kürze über die Schicksale und das Wirken der katholischen Kirche der Schweiz im Laufe der Jahrhunderte unterrichten lassen möchten.

A a r a u.

G e o r g B o n e r.

PAUL HOFER, *Die Staatsbauten der Stadt Bern*. Die Kunstdenkmäler des Kantons Bern, Bd. III. Verlag Birkhäuser, Basel 1947. 309 Abb., 468 S.

Mit diesem stattlichen Band tritt zum erstenmal in der bisher erschienenen Reihe der Kunstdenkmäler der Schweiz Stadt und Kanton Bern auf (als Band 19). Geplant sind im ganzen 7 Bände, darunter allein 3 Stadtbände. Der zuerst erschienene 3. Band enthält ausschließlich die Staatsbauten, während die kirchlichen und privaten Bauten in den zwei ersten Stadtbänden zur Darstellung kommen werden.

Daß gerade die bernischen Staatsbauten zuerst erfaßt wurden, hat seine tiefere Berechtigung darin, daß die alle andern Lebensgebiete überragende und bestimmende Macht des Staates nirgends in der Eidgenossenschaft so stark zu Tage tritt wie in der stolzen alten Res publica Bernensis. Daraus erklärt sich weiterhin die Tatsache, die einem bei der Lektüre immer wieder auffällt: die unbedingte Vorherrschaft der Architektur als «sichtbarster und dauerndster Ausdruck des Staatlichen schlechthin», während die Plastik und erst recht die Malerei eine ganz untergeordnete Rolle spielen. Da es dem Verfasser darum geht, nicht «das interessante Einzel Ding, sondern das Baudenkmal in seinem geschichtlichen und topographischen Zusammenhang» festzuhalten, so werden nicht nur die jetzt noch vorhandenen Staatsbauten dargestellt, sondern auch Gebäude, die heute zwar verschwunden sind, einst aber dem Stadtbild in seinem Gesamtaufbau ihre bedeutsame Prägung gaben.

Deutlich tritt im Laufe der Jahrhunderte die Wechselbeziehung hervor zwischen der Intensität des Staatslebens und der staatlichen Bautätigkeit. Den Aufstieg Berns zum mächtigen Territorialstaat kennzeichnen zu Beginn des 15. Jahrhunderts (Eroberung des Aargaus) als wichtigste Bauten das neue Rathaus, Mitte des 16. Jahrhunderts (Eroberung der Waadt) der Neubau der Staatskanzlei, während z. B. in den zwei ersten Dritteln des 17. Jahrhunderts (30jähriger Krieg und Bauernkrieg) ein allgemeiner Stillstand eintritt. Im 18. Jahrhundert dagegen kommt der Wille zu eindrucksvoller Repräsentation der Staatsmacht voll zum Ausdruck in einer Reihe monumentaler Neu- oder Umbauten (Kaufhaus, Kornhaus, Stift), so daß der Spätbarock dem Stadtbild seine charakteristische Note verleiht, die trotz den gewaltsamen Baueingriffen im 19. und 20. Jahrhundert im wesentlichen bis heute erhalten blieb.

Das Werk gliedert sich in 10 Abschnitte, die sämtliche Staatsbauten umfassen, ehemalige und jetzt noch vorhandene. Auf Grund eines überaus sorgfältigen, in alle Details gehenden Quellenstudiums, von Plänen, Zeichnungen, Photographien, wird bei jedem Gebäude die Baugeschichte und die genaue Baubeschreibung vom Anfang bis zur Gegenwart geboten. Gleichzeitig mit diesem Band erschien ein Quellenheft mit den «Regesten zur Baugeschichte stadtbernischer Staatsbauten des 16.—18. Jahrhunderts».

Den breitesten Raum — nahezu die Hälfte des ganzen Bandes — nimmt, entsprechend seiner Bedeutung, das *Rathaus* ein mit seinen Nebenbauten: *Staatskanzlei*, *Staatsdruckerei*, *Münzstadt*. Es ist dies wohl der den historisch interessierten, insbesondere den bernischen Leser am meisten fesselnde Teil, führt er ihn doch durch 5 Jahrhunderte bernischer Geschichte.

1406—1417 am Nordende der Kreuzgasse erbaut, weil das alte Rathaus im Kirchhof hinter der Leutkirche zu klein geworden war¹, markiert der Neubau die beginnende territoriale Expansion Berns. Die mächtige Halle im Erdgeschoß, die charakteristische Eigenheit des Gebäudes, die als Gerichtshalle diente, wurde später auch als Zeughaus und Kornhaus verwendet. Das Raumbedürfnis des stetig wachsenden Staates läßt im 16. und 17. Jahrhundert Erweiterungsbauten nach Osten und Westen entstehen, so die Staatskanzlei an der Postgasse, das Hauptwerk des bernischen Profanbaus im 16. Jahrhundert, die Münzstadt, das St. Johannsen Kornhaus an der Metzgergasse. Nach den im 18. Jahrhundert erfolgten Änderungen im Sinne des Spätbarock (Umbau der gotischen Freitreppe) läßt der Rat umfassende Neubauprojekte ausarbeiten, die in ihrer Großzügigkeit und in ihrem Willen zu politischer Repräsentation noch einmal den ganzen Glanz des zu Ende gehenden Ancien Régime zum Ausdruck bringen. Bezeichnend für diese Tendenz ist es, daß unter einer Reihe von Entwürfen einheimischer Architekten das prunkvolle Projekt des damals führenden Pariser Architekten Jacques Denis Antoine vom Großen Rat 1788 angenommen wurde. Der bald darauf erfolgende Umsturz verhinderte freilich die Ausführung bis auf den 1789 begonnenen aber nie vollendeten Terrassenausbau vor der Nordfront an der Aarehalde. Während die Restaurationszeit wie auf allen Gebieten so auch im Bauwesen streng auf Erhaltung der vorrevolutionären Zustände bedacht war, brachte der Sieg der Radikalen 1831 wiederum eine Reihe von Neubauprojekten, darunter auch eines von Melchior Berry Bury, die jedoch wieder nicht ausgeführt wurden. Dem ersten rücksichtslosen Einbruch in die seit Jahrhunderten bewahrte Innendisposition durch den Umbau des alten Großratsaales 1832 folgte 1865 die den äußern Baucharakter völlig verändernde Umgestaltung der Fassaden und des Daches

¹ Konrad Justinger, Stadtchronik: Do man zalte von gots geburt MCCCCVI jar, düchte den rat ze Berne, daz ihr alt rathus uf dem kilchofe ze klein were und frömden lüten, herren und stetten da ze wartenne ze schnöd, ze enge und unkomlich were... (S. 12).

in neugotischem Stil. Die zum Glück schon bald erwachte Kritik an dieser «Zuckerbäckergotik», wie J. R. Rahn sie bezeichnete (S. 60), ließ um die Jahrhundertwende neuerdings Umbauprojekte entstehen, die dann in der 1939—1942 mitten in der Kriegszeit durchgeführten Gesamtrenovation ihren glücklichen Abschluß fanden. So steht heute das Berner Rathaus nach Beseitigung aller Neuerungen des 18. und 19. Jahrhunderts in seiner ursprünglichen altehrwürdigen Gestalt da mit seinem alten Dachstuhl und der monumentalen Erdgeschoßhalle, der mächtigsten Raumanlage der spätmittelalterlichen bürgerlichen Baukunst in unserm Lande.

Eine zweite Gruppe von Staatsbauten, die heute zum größten Teil verschwunden sind, bilden die *Zeughäuser* oder *Werkhöfe* beim Predigerkloster (Waisenhausplatz-Zeughausgasse). Doch wurde der ganze Gebäudekomplex, da er den Anforderungen der neueren Zeit trotz mehrfachen Umbauten nicht mehr entsprach, 1876 niedergelegt. Erhalten ist einzig das um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstandene *Artillerie-Zeughaus* unterhalb der großen Schanze (1798 als Kavalleriekaserne für die Franz. Garnison gebraucht), das 1856 wegen der Anlage des Bahnhofs weiter nördlich an das neue Aarbergertor versetzt und dabei stark verändert und vergrößert wurde, so daß von dem schlichten aber würdigen Spätbarockbau nicht mehr viel übrig blieb.

Eine dritte größere Gruppe umfaßt die für das geistige Leben der Stadt bedeutsamen Gebäude: *Lateinschule*, *alte Hochschule*, *Ankenwaag*, *Bibliotheksgalerie* und *Bürgerbibliothek*, die nach 1905 bis auf die Bibliothek alle verschwunden sind. Die verwickelte, durch Jahrhunderte sich hinziehende Geschichte dieser Bauten läßt einen für das Wesen des alten Staates Bern kennzeichnenden Zug deutlich hervortreten: eine betonte Zurückhaltung, ja Knausrigkeit da, wo es sich nicht um reine Nutzbauten oder Gebäude von staatspolitischem Charakter handelt. So mußte die erste öffentliche Bibliothek, die nach der Reformation aus beschlagnahmten Klosterbeständen gebildet und mit der neu gegründeten Theologenschule zusammen im Barfüßerkloster eingerichtet wurde, auch im 17. Jahrhundert noch mit ganz unzulänglichen Räumen vorliebnehmen, bis sich der Rat endlich 1693 zu der dringend nötigen Renovation entschloß. Und wiederum brauchte es jahrzehntelange mühsame Verhandlungen von Schulrat und Bibliothekskommission mit dem zaudernden Rat, bis die im 18. Jahrhundert stark angewachsene Bibliothek in den längst unhaltbar gewordenen Räumen, durch deren Fenster und Decke es hereinregnete, in das Ankenwaagkornhaus an der Keßlergasse verlegt wurde. Dieses früher als Ankenlaube, Salz- und Kornlager verwendete Gebäude wurde Ende des 18. Jahrhunderts außen und innen umgebaut, später noch erweitert und enthält heute noch die Stadt- und Hochschulbibliothek. Von der 1772—1775 zur vorläufigen Erweiterung der viel zu kleinen Bibliothek erbauten Bibliotheksgalerie wurde bei ihrem Abbruch 1905 wenigstens der reizvollste Teil gerettet, die repräsentative Hauptfront in den festlich hei-

teren Formen des Spätbarock, die 1912 auf dem Thunplatz als Brunnenanlage aufgestellt wurde.

An das Kaufhaus an der Kramgasse schließt sich die Darstellung der wirtschaftsgeschichtlich bedeutsamen Gruppe der städtischen Kornhäuser an. Die gewaltigen Natureinkünfte des Bernischen Staates ließen am Ende des 15. Jahrhunderts eine großzügige Kornverwaltung entstehen. Damals wurde die Erdgeschoßhalle im Rathaus in ein Kornlager umgewandelt und es entstanden in der Folgezeit eine Reihe großer Magazine², von denen das Große Kornhaus am Kornhausplatz das Wichtigste ist. Bezeichnenderweise stellte die Regierung für diese ausgesprochenen Nutzbauten die erforderlichen Geldmittel reichlich und ohne Zaudern zur Verfügung. Der Monumentalbau des Großen Kornhauses, 1711—1718 erbaut, stellt das Hauptwerk des Bernischen Hochbarock dar mit seiner strengen, massigen Gliederung, die bewußt auf die ausschmückenden Details verzichtet. Leider hat das Äußere wie auch der berühmte Kornhauskeller, wo bis 1798 der Zehnt-Zinswein aus der Waadt und dem Bielersee magaziniert wurde, durch den Umbau von 1898 seinen ursprünglichen Charakter verloren.

Im Stift am Münsterplatz (ursprünglich Leutpriesterei von St. Vinzenzen, 1485 in ein Chorherrenstift umgewandelt, nach der Reformation als Sitz geistlicher Institutionen eingerichtet, seit 1832 Hauptsitz der Kantonsregierung) kommt im Umbau von 1745—1748 der beginnende Spätbarock mit seinen verfeinerten und mehr aufs Heitere gestimmten Formen in schönster Weise zum Ausdruck, eine Periode, die in der schon erwähnten Fassade der Bibliotheksgalerie (auf dem Thunplatz) ihre abschließende Krönung findet.

Von den Wachthäusern, die als Wacht- und Arrestlokale der 1688 gegründeten Stadtwache an verschiedenen Orten in der Stadt errichtet wurden, stellt der reizvolle, spätbarocke Peristylbau der Stadtwache am Casinoplatz das schönste noch erhaltene Beispiel dar.

Die beiden letzten Gruppen umfassen endlich noch die Zuchthäuser und einige andere Bauten aus dem 18. und 19. Jahrhundert, wie die Neue Münzstatt am Gerberngraben, von dem französischen Architekten Antoine im klassizistischen Stil erbaut, die heute jedoch verschwunden sind.

So bietet dieser prächtig ausgestattete, auf umfassenden Einzelforschungen und genauem Quellenstudium beruhende erste Band der Bernischen Kunstdenkmäler eine reiche Fülle von geschichtlichen Tatsachen und künstlerischen Eindrücken und eröffnet damit dem Historiker einen höchst lebendigen Einblick in die bernische Stadtgeschichte, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte in ihren Staatsbauten widerspiegelt. Man wird somit den in Aussicht gestellten weiteren Bänden mit Freude entgegensehen dürfen.

Basel.

Elisabeth Rütimeyer.

² St. Johannsenhaus, Ankenwaag Kornhaus, Kornhäuser des Insel- und Burgerspitals.

CAMILLE GORGÉ: *La neutralité helvétique. Son évolution politique et juridique des origines à la seconde guerre mondiale.* Editions Polygraphiques S. A., Zurich 1947.

Um dem vorliegenden Buch gerecht werden zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß dessen Manuskript bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges bereits abgeschlossen war. Widrige Umstände haben seine Veröffentlichung so lange hinausgezögert. Der Verfasser betrachtete wohl die Wiedergewinnung der integralen Neutralität im Jahre 1938 als einen derart wichtigen Abschnitt in der Entwicklung unseres außenpolitischen Prinzips, daß es sich verlohne, über den zurückgelegten Weg Rechenschaft abzulegen. Obgleich von Haus aus Jurist, versucht Gorgé, der Neutralität zunächst historisch beizukommen. Er verliert sich nicht, wie das lange Zeit üblich war, in theoretische Spekulationen, sondern forscht realistisch nach den Wurzeln, dem langsamen Werden und den verschiedenen Entwicklungsformen der schweizerischen Neutralität; denn auch ihm scheint sie in erster Linie nicht Rechtsverpflichtung, wohl aber politische Maxime zu bedeuten.

Ursprünglich beabsichtigte Gorgé, die schweizerische Neutralität nur in ihren Beziehungen zum Völkerbund zu untersuchen. Je mehr indessen der Verfasser in seine Arbeit sich vertiefte, desto deutlicher sah er, daß eine so enge Begrenzung des Themas künstlich sei: «C'est comme si, analysant une plante, un botaniste en examinerait la feuille sans se soucier de la tige et des racines». Bei der Beschäftigung mit der Londoner Deklaration wurde der Verfasser inne, daß er diese nicht richtig interpretieren könne ohne genaue Kenntnis der Wiener Akte. Und diese wiederum führte ihn zum Westfälischen Frieden und noch weiter in die Zeiten hinauf. Es ist ein Gang, den der Gegenstand dem Autor aufdrängte und seiner wissenschaftlichen Unvoreingenommenheit alle Ehre macht: Der Jurist beschrift die Bahnen der Historie. Dieser Disziplinwechsel bedarf keiner Entschuldigung, wie sie Gorgé vorbringt, sondern ist dem Thema adaequat. Der Verfasser meint: «On ne nous reprochera pas trop, pensons-nous, cette marche à l'écrevisse, car, encore une fois, l'itinéraire nous était imposé par l'enchaînement fatal de l'histoire».

Die geplante knappe Einleitung historischen Charakters ist auf diese Weise so sehr angeschwollen, daß sie jetzt fast die Hälfte des Buches füllt: Man würde ihr Unrecht tun, wollte man sie mit den strengen Maßstäben der Wissenschaft messen. Sie ist die Kompilation eines Liebhabers der Geschichte. Zur Erhärtung der historischen Fakten stützt sich der Verfasser auf zusammenfassende Gesamtdarstellungen der Schweizergeschichte, unter anderen auf die Werke von Johannes von Müller, Maxime Reymond, William Martin. Es hat keinen Sinn, die Unebenheiten im einzelnen hier zu erörtern. Wer aus der Vergangenheit Erhellung der Gegenwart gewinnen will, muß mit strengster methodischer Kritik und ohne Bindungen an gegenwärtige Mächte irgendwelcher Art nach der Wahrheit forschen,

mögen die Früchte vom Baum dieser Erkenntnis manchmal auch bitter schmecken.

Die gegen den ersten Teil des Buches zu machenden Vorbehalte gelten nicht für dessen zweiten Teil. Hier schöpft der Verfasser aus primären Quellen, hier ist er erster Fachmann. Als langjähriger Chef der Abteilung für Internationale Organisationen im eidgenössischen politischen Departement war er intimer Mitarbeiter von Bundesrat Motta während der Epoche, die er beschreibt, das heißt in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Er hat die Entwicklung der Beziehungen unseres Landes zum Völkerbund, die fortlaufenden Bemühungen um klare Ausscheidung der sich scheinbar entgegenstehenden Prinzipien der Neutralität und Solidarität, nicht nur aus nächster Nähe miterlebt, sondern auch in maßgebender Weise mitgestaltet.

Trotzdem hat es sich Gorgé versagt, Memoiren zu schreiben. Er veröffentlicht nicht unbekannte Dokumente, arbeitet nicht mit Enthüllungen. Sein Ziel ist ein objektiveres. Das offizielle Schriftstück genügt ihm: «Si la neutralité helvétique est en soi une merveille, la merveille est à peu près tout entière dans la Feuille fédérale». Es kommt eben nur darauf an, die umfangreichen Bände des Bundesblattes richtig zu lesen. Nun wird man zwar dem Verfasser Dank wissen, daß er so ohne Umschweife seine Hauptaufgabe, die Klärung des modernen Neutralitätsbegriffes, in Angriff nimmt. Aber dennoch kann man ein Gefühl des Bedauerns über den Verzicht Gorgés nicht ganz unterdrücken. Kaum einer wie er wäre imstande, über die für unsere Neutralitätspolitik so überaus interessante und problemreiche Epoche persönliche Erinnerungen aufzuzeichnen. Dazu befähigen ihn nicht nur sein Anteil an den verschiedenen Verhandlungen — er stand zuerst als Sekretär und Sachverständiger, hierauf als Delegierter der Schweiz mitten im Genfer Völkerbundsgetriebe — sondern auch seine geistvolle und gepflegte Schreibweise, wovon er schon manche schöne Probe abgelegt hat. Das neuere historische Schrifttum der Schweiz ist so arm an Denkwürdigkeiten, daß wir diese Lücke schmerzlich empfinden. Denn auch aus dem charakteristischen Detail, dem intimen Einzelzug, dem unnachahmlichen Reiz echter Memoiren, durch bloße Andeutung zu wirken und nirgends durch Vollständigkeit zu lasten, lassen sich wichtige Schlüsse zur wissenschaftlichen Erkenntnis ziehen.

Gorgés Erzählung und Kommentierung der Ereignisse in den Jahren vom Abschluß des ersten Weltkrieges bis zum Beginn des zweiten besitzt geradezu dokumentarischen Wert. Der Verfasser behandelt in diesem Kapitel die bundesrätliche Botschaft vom 4. August 1919 über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund, die Einführung des Artikels 435 in den Frieden von Versailles, die Londoner Deklaration vom 13. Februar 1920, das sich hieraus ergebende neue Statut der Neutralität, die Wilnaer Angelegenheit, die Zusätze zum Genfer Protokoll vom 2. Oktober 1924 über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle, die Maßnahmen zur Verstärkung der kollektiven Sicherheit, das Projekt einer europäischen Union und dessen

Ablehnung durch den Bundesrat am 11. August 1930, die Konferenzen zur Rüstungsbeschränkung und das Versagen aller Bemühungen um Förderung dieses Mittels zur Kriegsverhütung, die großen finanziellen Rettungsaktionen, wie die Sanierung Österreichs und Ungarns, den Briand-Kellogg-Pakt. Beim Durchgehen aller dieser Stadien wird man sich wieder einmal bewußt, wie kräftig doch die Schweiz an den Arbeiten des Völkerbundes mitgewirkt hat. Und ferner stellt man erneut fest, wie sehr in den zwanziger Jahren das schweizerische Sekuritätsgefühl, der Glaube an den Völkerbund, wuchs. Konnte doch ein William Martin noch 1930 schreiben, die Möglichkeit eines Krieges sei jetzt äußerst gering geworden; «denn wir wüßten keine Regierung, die stark und kühn genug wäre, einen Krieg gegen die ganze übrige Welt zu riskieren». Jedenfalls wisse man bestimmt, daß der Völkerbund das Risiko unseres Landes auf beinahe Null heruntergeschraubt habe.

Dieser Völkerbundsoptimismus schmolz dann in den dreißiger Jahren bald einmal zusammen. Wie heikel die Lage der Schweiz geworden war, zeigte sich besonders offensichtlich im Abessinien-Konflikt. Der Verfasser widmet mit Recht diesem wichtigen Streitfall eine eingehende Betrachtung. Bekanntlich handelte es sich darum, ob die Eidgenossenschaft an der vom Völkerbund gegen Italien verhängten Blockade mitmachen werde oder nicht. Die Schweiz schloß sich zwar dem Waffenausfuhrverbot an, wandte es aber nach alter eidgenössischer Gepflogenheit gegen beide Kriegsparteien an, also auch gegen Abessinien. An der Verweigerung von Krediten und am Ausfuhrverbot für kriegswichtige Waren beteiligte sich die Eidgenossenschaft ebenfalls, versagte indessen ihre Teilnahme am Boykott italienischer Waren und an der Unterbrechung des Handelsverkehrs. Gorgé bezeichnet diese Haltung als vorsichtig und tapfer zugleich, ohne die mögliche Berechtigung einer andern Bewertung zuzugeben. Man habe von der Schweiz viel verlangt, und sie sei weit entgegengekommen, wofür man ihr wenig Dank gewußt habe. Und doch sei die Gefahr, der sie sich damit aussetzte, ebenso groß gewesen wie diejenige, welche Frankreich und England gelaufen wären, wenn sie im Jahre 1932 gegen Japan Sanktionen angewandt hätten. Vor der Möglichkeit dieser Gefahr aber seien die beiden Großmächte zurückgewichen. Wenn Großstaaten Furcht zeigten, beurteile man eine solche Haltung als weise; wenn aber Kleinstaaten zitterten, nenne man das Feigheit. Der Völkerrechtler Gorgé schließt seine Untersuchung des äthiopischen Zwistes mit einer überaus — um nicht mehr zu sagen — resignierten Betrachtung ab: «En politique, tout s'explique, ou presque tout, par le droit du plus fort. Les belles phrases n'y changent rien. La Fontaine aura toujours raison» (S. 366).

In einem letzten großen Kapitel, das in viele Unterabschnitte zerfällt, behandelt Gorgé die Rückkehr zur absoluten Neutralität und den Ausbruch des neuen Weltkrieges. Er bespricht die Neutralitätserklärung vom 31. August 1939 und die vom Bundesrat bereits am 14. April ange-

nommene, aber erst am 2. September promulgierte Verordnung zur Aufrechterhaltung der Neutralität. Dabei stellt sich Gorgé vollkommen hinter den Bundesrat und weist die damals geübten Kritiken zurück. Sein gouvernementaler Standpunkt äußert sich besonders dezidiert bei der Besprechung des Pressenotrechts und nimmt hier politisch-polemische Färbung an: «Les libertés trop grandes confinent à l'anarchie; il en est de même de la liberté de la presse, dont certains se gargarisent sans se douter que si chacun en usait comme ils en usent, le sort de la patrie pourrait s'en trouver gravement compromis» (S. 466).

Die Enttäuschung über den Ausbruch des zweiten Weltkrieges läßt den Verfasser am Schluß des Buches alle Aussichten auf eine Möglichkeit dauerhafter überstaatlicher Organisation ganz pessimistisch beurteilen. Aus dem Munde des langjährigen Vertreters der Schweiz in der Völkerbundskommission muß der nicht wenig überraschte Leser vernehmen: «Le monde n'obéit plus guère qu'à des intérêts. On l'aurait encore cru capable de se laisser entraîner sincèrement par certaines idéologies, c'est bon pour les enfants sages à qui on conte de belles histoires. La vérité, aujourd'hui, c'est que, dans la steppe politique, il ne faut malheureusement plus croire à rien ni à personne» (S. 472).

Gorgés gediegenes Buch, das Max Huber mit einleitenden Worten begleitet, bereichert und vertieft unsere Kenntnis der Neutralitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts, besonders der Zwischenkriegszeit. Mag man auch die ausgebreiteten Tatsachen und Zusammenhänge manchmal anders bewerten, so erstaunt doch die Fülle des Materials, sowie die enge Vertrautheit mit dem Gegenstand. Energisch sind die entscheidenden Zusammenhänge und Entwicklungsreihen aus dem Stoffreichtum herausgehoben. Die lucide Interpretation der Quellen und die klare Disposition des ganzen Buches machen es zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für jeden, der sich mit der neuesten Entwicklung unseres außenpolitischen Axioms beschäftigt.

Basel.

Edgar Bonjour.

ANNA TUMARKIN, *Wesen und Werden der schweizerischen Philosophie*. Verlag Huber & Co., Frauenfeld 1948. 155 S.

Von der langjährigen Inhaberin einer philosophischen Professur an der Universität Bern wird uns Schweizern in der vorliegenden Schrift das Zeugnis ausgestellt, daß im geistigen Leben unseres Landes die Philosophie keineswegs eine so hoffnungslose Sache bedeutet, wie es ein weitverbreitetes Vorurteil wahrhaben will. Fast sind wir beschämt von gewissen Anerkennungen, die unserer Geistesart hier zu Teil werden. Aber wir dürfen Vertrauen haben; die ursprünglich landesfremde, nun freilich längst bei uns fest verwurzelte Verfasserin verfügt bei aller Aufgeschlossenheit für das Eigenartige unserer geistigen Überlieferung über diejenige Distanz, aus

der allein eine solche Darstellung gewagt werden konnte. Ohne daß schweizerisches Denken bis dahin zu einer philosophischen Systembildung im großen Stile gelangt ist, darf ihm doch — nach dem hier entworfenen Bilde — auf dem Felde einer sachlichen, tief besinnlichen, wirklichkeitsnahen Lebenserkenntnis in vergangenen Jahrhunderten wie in der Gegenwart gute und wertvolle Leistung zugebilligt werden. Dieses Denken hat hier eine wohlwollende Interpretin gefunden, die geneigt ist, das Eigentümliche unserer Geistigkeit nach seinen besten Möglichkeiten auszulegen.

Wesentlicher Gegenstand der Darstellung ist das Denken der schweizerischen Aufklärung, das in der Eigenart von Zwinglis Reformation seine Grundlage hat. Reformation und Aufklärung stehen bei uns im Zeichen eines eminent positiven, gemeinschaftbildenden Geistes, dessen bezeichnendes Merkmal in einer zuversichtlichen, weltoffenen, von Ethos erfüllten Gläubigkeit gesehen werden darf. So wie über die dunkeln Perspektiven des Calvinismus ein lebensbejahender, Gott und den Menschen verpflichteter Aufbauwille die Oberhand behält, so hat im schweizerischen Bereiche vor der kritisch-destruktiven Seite des Aufklärungsgeistes ein verantwortungsfreudiger, religiös fundierter Optimismus den Vorrang. — Es gelingt der Verfasserin, mit dem Hinweis auf die so vertiefte sozialphilosophische Gesinnung jene geistige Linie aufzuzeigen, auf der sich eine spezifisch-schweizerische Geistesgeschichte abzeichnet. Sie führt von der Reformation über die Großen der schweizerischen Aufklärung zu Pestalozzi, indem die Begründung der menschlichen Gemeinschaft und ihr Aufbau in der Erziehung dauernd im Blickpunkte schweizerischer Besinnung steht. Von Rousseau muß freilich angedeutet werden, daß er sich in diesen Reigen nicht einfügen läßt. Und wir stellen diese Ausnahme nicht einmal ungerne fest. Allzu harmonisch würde sich sonst der Bogen spannen, von der schweizerische Geistigkeit überwölbt wird. In allzu gediegener Abrundung würde sich unsere ebenso reichhaltige wie bodenständige philosophische Vergangenheit darstellen . . .

Basel.

Heinrich Barth.

GOTTFRIED GUGGENBÜHL, *Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft*.
Zweiter Band: Vom Jahre 1648 bis zur Gegenwart. Eugen Rentsch
Verlag, Erlenbach-Zürich 1948. 668 Seiten.

Im zweiten, nun vorliegenden Bande des ansprechenden Werkes Guggenbühls kommt die neuere und neuste schweizerische Landesgeschichte zur Darstellung. Bis auf ein Dutzend Druckseiten ist dieser zweite Band eben so stark wie der erste. Was bei dessen Anzeige bezüglich der Quellen- und Literaturnachweise und von der wissenschaftlichen Verantwortung des Verfassers gesagt wurde, gilt gleichermaßen auch für den Schlußband. Insbesondere ist durchwegs festzustellen, daß das gesteckte Ziel, die politische

Geschichte einer Föderation und eines Bundesstaates zu schreiben, nie außer Acht gelassen wird, was dem ganzen Werk eine besondere Prägung verleiht. Als besonders erfreuliches Moment sei hervorgehoben, daß sich der Verfasser vor allem bei der Darstellung der jüngsten Vergangenheit einer durchaus angebrachten Kürze befleißigt. So blieb die große Linie gewahrt und die Versündigung, ein Objekt ohne die nötige historische Distanz beschrieben zu haben, vermieden.

Die Einteilung in drei Bücher — der erste Band zerfiel in deren vier — ist außerordentlich geschickt und dem Ablauf unserer politischen Geschichte seit der endgültigen Trennung vom Reiche durchaus angemessen. Das erste Buch behandelt das Zeitalter der Aristokratie und des Absolutismus, das zweite den Zusammenbruch und den Wiederaufbau der Eidgenossenschaft, während das etwa 250 Druckseiten umfassende dritte Buch der Geschichte des Bundesstaates gewidmet ist. Hat man beim Studium des ersten Buches den Eindruck, der Verfasser äußere sich lieblos über buntscheckige Antiquitäten, so muß dabei wohl in Betracht gezogen werden, daß er politische Geschichte geben will und daß unser 18. Jahrhundert in politischer Hinsicht etwa seit dem 4. Landfrieden nicht eben sehr erfreulich ist. Die kulturellen Leistungen dieser Zeit werden übrigens am geeigneten Ort unter Berücksichtigung der maßgebenden Personen verdienstermaßen berücksichtigt. Die Worte, deren sich der Verfasser zur Beurteilung des Majors Davel bedient, scheinen mir angesichts der moralischen Größe des «*patriote sans patrie*» nicht angebracht. Gewiß war das Unternehmen des waadtländischen Offiziers nicht von Erfolg gekrönt, es aber als «*einfältigen Streich*» zu qualifizieren, ist auch bei Berücksichtigung der achtbaren Frömmigkeit nicht angängig. «*Davel*», schrieb Paul Maillefer vor 45 Jahren in seiner Geschichte des Kantons Waadt, «*était un mystique, un rêveur, un sentimental. En même temps il avait l'esprit logique, il calculait juste, savait organiser, prévoir*». Gewiß passen auch diese Worte des Waadtländer Historikers schlecht zum Erfolg des Davel'schen Unternehmens. Jean-Daniel-Abram Davel ist weniger wegen seines Putsches als wegen der heroischen Haltung auf der Folterbank und auf dem Schafott zum Helden des Waadtländervolkes geworden. Seine Rede in Vidy spricht die Sprache der Jahrhunderte, und Maillefers letzte, dem Helden gewidmeten Worte kann man gut nachfühlen, auch wenn man kein Freund patriotischer Superlative ist. «*Aucun pays, aucune époque n'ont fourni à l'histoire une figure plus grande, plus pure, plus belle*». Es gibt Menschen und Vorgänge, die mit dem Maß der politischen Geschichte allein nicht voll erfaßt werden können, und Davel gehört gewiß zu diesen Menschen. In diesem einzigen Falle konnte ich dem Verfasser nicht zustimmen, doch wenn Guggenbühls umfangreiches Werk mit seinen unzähligen Urteilen und Wertungen sonst kaum zu berechtigten Einwänden Anlaß gibt, so zeigt das wohl nur, wie äußerst sorgfältig der große Stoff gemeistert wurde. Der feine Humor, mit dem die Begebenheiten dargestellt werden, macht auch in diesem zweiten Bande die

Lektüre zum Genuß. Ohne daß es gesagt wird, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, der Verfasser sei bei der Erzählung etwa der widerlichen Volkshändel in Schwyz oder in Appenzell selber der Meinung, es handle sich da mitunter um Leute, die zwischen Dorfraufereien und Staats-handlungen nicht zu unterscheiden vermochten.

Im zweiten Buch kommt die Helvetische Republick auf etwa fünfzig Druckseiten gründlich und trefflich zur Darstellung. Das ist um so willkommener, als der Biograph Paul Usteris sich hier größtenteils auf eigenes Quellenstudium stützt und als guter Kenner der schweizerischen Pressegeschichte sowohl die zeitgenössische Presse als auch die journalistische Tätigkeit einflußreicher Personen berücksichtigt. In der Vorgeschichte des Bundesstaates hätte Pellegrino Rossi Erwähnung verdient. Das liberale Siebnerkonkordat wird mit Recht eine politische Versündigung genannt, und bezüglich der Aargauer Säkularisationen vertritt der Verfasser mit Recht die Ansicht, sie könnten keinesfalls rechtlich einwandfrei begründet werden. Begrüßenswert und durchaus richtig ist es, daß das bedenkliche Schreiben Siegwart-Müllers an den österreichischen Gesandten vom Sommer 1847 mit dem hauptsächlichsten Inhalt erwähnt wird, haben doch noch nach dem Sonderbundskriege maßgebende konservative Führer es als ein mit «lächerlicher Wichtigkeit» besprochenes Papier herabzusetzen versucht. Da aber das Original bekanntlich seither in Wien aufgefunden wurde und das Schreiben wenigstens über die Ziele eines wichtigen Sonderbundshauptes Aufschluß gibt, ist seine Heranziehung in eine Geschichte des Sonderbundskrieges nicht nur erwünscht, sondern geradezu notwendig. Angesichts der bis heute grassierenden Simplifikation, es habe sich 1847 um einen Glaubenskrieg gehandelt, kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Verfasser die Dominante des Politischen betont, ohne dabei die nebensächlichen Streitpunkte außer Acht zu lassen. «Unter allen diesen Umständen ging es zwar auch noch um die Klöster, mehr noch um die Jesuiten, hauptsächlich aber — und dies gab dem Krieg seine geschichtliche Bedeutung — um eine Art nationaler Einigung der bereits gefahrvoll zerrissenen Eidgenossenschaft».

Die im 3. Buche gegebene Geschichte des Bundesstaates entspricht insofern dem ganzen Werke, als politische Historie erzählt wird. Der Standpunkt des Verfassers ist unverkennbar eidgenössisch, ohne daß er gelegentliche schweizerische Schuld verschweigt. Sowohl der Ungunst der Lage als auch einer unzulänglichen eidgenössischen Diplomatie wird der unerfreuliche Ausgang des Savoyerhandels zugeschrieben. Die Schwächen der radikalen Herrschaft in einzelnen Kantonen, z. B. in Freiburg, werden nicht verkannt. Es brauchte Kunst, das weitschichtige Thema des Bundesstaates und seiner Erneuerung im Jahre 1874 auf so knappem Raume zu fassen. Gesetzgeberische Einzelheiten und Personengeschichte konnten so fast gar nicht gepflegt werden. Doch das verleiht diesem letzten Teil von Guggenbühls Arbeit den Reiz eleganter Kürze. Für angenehme, gelegent-

lich sogar höchst amüsante Lektüre sorgen die öfters zitierten, meist bei Gottfried Keller gehalten sinnreichen politischen Verse.

Gottfried Guggenbühls Schweizergeschichte ist das Werk eines stil-sicheren und höchst umsichtigen Historikers, in dessen zwei starken Bänden die jahrzehntelange Beschäftigung mit unserer Landesgeschichte ihren Niederschlag gefunden hat. Unser Dank gebührt dem Verfasser und dem unlängst verstorbenen Verleger Dr. Eugen Rentsch, der alles tat, was die Herausgabe der jüngsten Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft fördern konnte.

K ü s n a c h t / Z H.

F r a n z S c h o c h.

Quellenwerk zur Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Abteilung III, Band I: Das Weiße Buch von Sarnen, bearbeitet von H. G. WIRZ (Aarau 1947), LIV u. 143 + *55 Seiten.

Mit Recht hat H. Nabholz in einer Besprechung der beiden Urkundenbände des Quellenwerkes die Ansicht ausgesprochen, daß «die Erforschung der Anfänge der Eidgenossenschaft erst dann wieder fruchtbringend einsetzen könne, wenn neben den Urkunden auch die Rechtsquellen, die zum großen Teil noch unedierte sind, und die ältesten chronikalischen Darstellungen in Editionen vorliegen, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen»; vgl. *Hist. Zeitschr.* 161 (1939) 109. Nachdem die Publikation der rechtsgeschichtlichen Quellen vorangegangen ist, wurde nunmehr auch mit der Reihe der Chroniken der Anfang gemacht. Im Frühjahr 1939 wurde die Herausgabe der wohl wichtigsten dieser erzählenden Quellen, des Weißen Buches von Sarnen, an H. G. Wirz übertragen, der damit die seit dem Tode von R. Durrer verwaiste Arbeit wiederaufnahm und zu Ende führte.

Als sachlich mit dem erzählenden Teil des Weißen Buches auf das engste verbunden, wurde in einem umfangreichen Anhang auch eine Bearbeitung der „nordischen, englischen und deutschen Darstellungen des Apfelschußmotivs« aus der Feder von Helmut de Boor beigegeben. Diese Abhandlung ist um so begrüßenswerter, als sie nicht nur in umsichtiger und abwägender Weise dem Werden des Erzählungsstoffes nachgeht, sondern auch die oft nur schwer zugänglichen Texte in Wortlaut und moderner Übersetzung wiedergibt.

Der Textausgabe des Weißen Buches von Sarnen ist eine temperamentvoll geschriebene Übersicht über die Benutzung und Wertung seines erzählenden Teiles in der historischen Forschung vorausgeschickt, die wie selbstverständlich auch übergreift auf das allgemeinere Problem der Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Dabei wird allerdings die Problematik der neueren Diskussion über letztgenanntes Thema, insbesondere über die quellenkritischen Fragestellungen, nicht immer in ihrer vollen

Bedeutung erfaßt. Gerne hätte man in dieser Übersicht auch einen Hinweis gesehen auf die Arbeit von K. S. Bader, *Ursache und Schuld in der geschichtlichen Wirklichkeit* (Karlsruhe 1946), in der S. 56 f. auf die letzten Studien von K. Meyer eingegangen wird, nachdem Bader bereits in *Hist. Zeitschr.* 168 (1944) 590 ff. dazu Stellung genommen hatte.

Die Beschreibung der Handschrift, von Br. Meyer nach den Vorarbeiten des Herausgebers präzise und übersichtlich zusammengestellt, leitet über zur Textwiedergabe des erzählenden Teiles des Weißen Buches, der in Paralleldruck mit dem Bericht über die Entstehung der Eidgenossenschaft in der St. Galler Handschrift B 124 gegeben wird. Die ausgezeichnete Reproduktion der ersten Seite dieser Erzählung aus dem Weißen Buch (Tafel II) erlaubt eine Überprüfung des nunmehr gebotenen Textes. Die Edition bemüht sich, möglichst weitgehend sich dem Handschriftenbefund zu nähern, doch möchte es scheinen, als ob dabei manchmal etwas zuviel geschehen sei; so wenn im Anmerkungsapparat auf großgeschriebene Worte hingewiesen wird, ein müßiges Beginnen bei Handschriften des 15. Jahrhunderts; allgemeine Hinweise auf die Gewohnheiten des Schreivers wären wohl zweckdienlicher gewesen, z. B. daß er am Wortanfang nur ein großgeschriebenes r, dagegen keine andere Form kennt. Manche Willkürlichkeiten wären dann unterblieben, so z. B. die verschiedene Behandlung des l in S. 3 Zeile 13 oder die Anmerkung über die Bedeutung des großen Anfangsbuchstabens zu S. 5 Zeile 56 oder S. 7 Zeile 76. Störend empfindet der Benutzer, der die textkritische Bearbeitung der französischen oder deutschen Editionen gewohnt ist, in den Anmerkungen auch die Mischung von Anmerkungen über den Handschriftenbefund und von solchen sachlicher Art. Die Einführung einer neuen Drucktype für y entspricht nicht dem handschriftlichen Befund, der eindeutig nur einen einzigen Punkt über der Linie bei diesem Buchstaben aufweist. Trotz dieser Ausstellungen, die nur auf einige überflüssige Erschwerungen bei der Textausgabe hinweisen, darf man jedoch das Urteil fällen, daß der Text jetzt gut und sicher ediert worden ist. Damit aber ist die notwendige Grundlage für die Weiterführung der Forschung gegeben.

Auf eine Reihe weiterer Fragen, die man bereits bei einer Edition des Weißen Buches gerne beantwortet gesehen hätte, kam der Verfasser nur eben im Vorbeigehen zu sprechen. Dazu gehört die Frage, ob — nach den Anhaltspunkten in der Handschrift — der Landschreiber zu Sarnen nur sein eigenes Konzept abgeschrieben oder aber eine ältere Vorlage kopiert hat. Eine ausführlichere Biographie des Verfassers des Weißen Buches, Hans Schriber, der von 1435—1478 zahlreiche Urkunden ausfertigte und das Weiße Buch zwischen 1470 und 1472 schrieb, wird erst ein Eingehen erleichtern auf die Frage, welche Vorstellung Hans Schriber von der Entstehung der Eidgenossenschaft besaß und warum er dazu kam; dann wird auch die Antwort zu geben sein, weshalb der Bund von 1291 und die Erinnerung an die vorausgehende Einung keine Aufnahme fanden in das Weiße

Buch von Sarnen. Erst wenn diese von H. G. Wirz angekündigte Monographie über Hans Schriber erschienen ist, wird die Ausgabe des Weißen Buches von Sarnen abgeschlossen sein. Schon jetzt aber kann die Geschichtswissenschaft sich einer zuverlässigen und durch Register gewissenhaft erschlossenen Textausgabe dieser wichtigen Quelle erfreuen.

Bad Nauheim (Hessen).

H. Büttner.

HEINRICH ROHR, *Die Stadt Mellingen im Mittelalter*. Zürich. Diss. Sauerländer & Co., Aarau o. J., 195 S. (zugleich in *Argovia*, 59. Band, 1947, S. 113—307).

Mancher kleinen Schweizerstadt ist es schon angekreidet worden, daß sie nicht zur Großstadt emporgestiegen, sondern klein und auf engen Raum beschränkt geblieben ist. Jede geschichtliche Darstellung einer solchen städtischen Siedelung — und diese Schilderungen nehmen erfreulicherweise von Jahr zu Jahr zu — zeigt aber erneut, was diese Kleinstädte für die Entwicklung schweizerischen Denkens und Wesens bedeuten. Auch die neuste Darstellung, die Geschichte der Stadt Mellingen im Mittelalter, offenbart dies. Anfänglich ist die Stadt bloßes Objekt herrschaftlichen Strebens, denn die sicherlich mit Recht in den 1230er Jahren vermutete Gründung durch den Grafen Hartmann d. ä. von Kyburg schafft einen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stützpunkt, über den der Stadtherr durchaus verfügt. Die weitere Entwicklung verläuft wie anderwärts. Die Bürgerschaft nützt die Schwäche der Habsburger, die inzwischen Stadtherren geworden sind, zu Ende des 13. Jahrhunderts aus und erwirbt neben anderem 1296 das Stadtrecht, und zwar das uneingeschränkte Winterthurerrecht. Weitere Freiheiten kommen dazu, 1415 wenigstens nominell sogar die Reichsfreiheit. Dann aber ist es mit der Zunahme der Selbständigkeit zu Ende. Die Eidgenossen sind nahe und haben eine feste Hand. Nach den Wirren der Reformationszeit ist Mellingen eine Untertanenstadt, die zwar in engen Grenzen noch Selbstherrschaft besitzt.

Die Entwicklung im Innern strebt nach Erhöhung der kommunalen Selbständigkeit. Aus dem anfänglich ministerialischen Schultheißen wird der Vertreter der Bürgerschaft. Es ist wohl eine Besonderheit Mellingens, wenn es nicht wie anderorts bis zum Ende des Mittelalters zu einem Regiment der Bürgerschaft, sondern zu einer Ratsherrschaft kam, indem nämlich der sogenannte kleine Rat, der acht Mitglieder zählte und sich selbst ergänzte, den entscheidenden politischen Einfluß an sich zu ziehen und zu behaupten verstand. Die Entstehung eines Patriziates war infolge der Kleinheit der Verhältnisse damit allerdings nicht verbunden. Wohlhabende Bürger, deren Einkommen und Gewerbe die Übernahme der unbesoldeten politischen Ämter erlaubte, konnten jederzeit in die Reihen des Rates aufsteigen. Wie

in anderen Städten suchte die Gemeinde das gesamte öffentliche und private Leben zu betreuen: Aufsicht über die Kirche, Regelung von Schul- und Armenwesen, Ausschluß fremder Gerichte, Reglementierung von Polizei- und Gesundheitswesen usw.

Die klar aufgebaute und wohl fundierte Arbeit von H. Rohr, die sich der bald einmal vollständigen Reihe der aargauischen Stadtgeschichten anschließt, kann in Mellings Geschichte wenig besondere Züge aufdecken; wo die Entwicklung einmal von den bei fast allen aargauischen Städten zu beobachtenden Wegen abweicht, bilden lokale Gegebenheiten, wie Einfluß tatkräftiger Persönlichkeiten, geographische Voraussetzungen, wirtschaftliche Zusammenhänge den Anlaß. Um so deutlicher geht aber aus dieser Darstellung hervor, daß Mellingen wie seine Nachbarn trotz aller Kleinheit und Beschränkung geistiger, politischer und wirtschaftlicher Mittelpunkt einer Landschaft war. Die Geschichte des mittelalterlichen Mellings ist so ein willkommener Beitrag zur aargauischen Städtegeschichte, die hoffentlich in nicht allzuferner Zeit in zusammenfassender Weise dargestellt wird. — Eine kleine Korrektur: S. 142 ist statt der zweimaligen Nennung von Brugg Bremgarten zu lesen.

Bremgarten.

Eugen Bürgisser.

F. WILLI, *Geschichte der Stadt Rorschach und des Rorschacher Amtes*. Mit zahlreichen Abbildungen. Verlag: Heimatmuseumsgesellschaft Rorschach 1947. 446 S.

Die st. gallische Hafenstadt am Bodensee konnte am 12. Juni 1947 auf ihren tausendjährigen Bestand zurückblicken. Als wertvollste Jubiläumsgabe hatten die städtischen Behörden die Herausgabe eines Geschichtswerkes ermöglicht, das der 1945 verstorbene a. Lehrer F. Willi als Frucht jahrelangen Forschens hinterlassen und sein Sohn, Dr. med. F. Willi, für den Druck fertiggestellt hatte. Die einheimische Offizin Löpfe-Benz konnte den Band in vorzüglicher Ausstattung zur Millenariumsfeier vorlegen.

Schon vor Jahren hatte F. Willi die «Baugeschichte der Stadt Rorschach» mit 165 Illustrationen (Rorschach, Verlag Heimatmuseum 1932) in der gleichen Druckerei erscheinen lassen. In Plan und Bild, begleitet von sachkundigen Erläuterungen, ist hier die Entwicklung Alt-Rorschachs überaus glücklich verlebendigt, vom alten Hofetter, dessen bescheidenen Rahmen in der Hauptsache erst das 19. Jahrhundert sprengte, bis zur rasch aufstrebenden Stadt des 20. Jahrhunderts mit ihren umfassenden Verkehrsanlagen und einer respektablen Textil-, Maschinen- und Nahrungsmittelindustrie.

Was er hier gewissermaßen in einer illustrierten Skizze zusammenfaßte, hat W. in seiner Stadtgeschichte bis in alle Einzelheiten ausgeführt

und belegt. Sehr zu begrüßen ist die ur- und frühgeschichtliche Einführung, die zwar nicht viele gesicherte Ergebnisse zeitigt, aber auf Grund der bisherigen Forschungen die Eigenart der Landschaftsbildung am See und auf den Hängen des Rorschacherberges betont und auch eine kleinere Pfahlbaute und auf der «Burg», in halber Höhe des Berges, eine der seltenen Hallstattsiedlungen namhaft machen kann. Wichtiger wurde indes die alemannische Landnahme, für welche die frühesten St. Galler Urkunden anschauliche Beispiele bieten, und die mit ihrer Hof- und Flurordnung auch für die Mark Rorschach die geschichtlichen und rechtlichen Voraussetzungen bildeten. Wohl wird Rorschach seit 850 mehrfach urkundlich erwähnt. Doch erst das kaiserliche Marktprivileg Ottos I. vom 12. Juni 947, vermittelt durch Abt Graloh von St. Gallen und Herzog Hermann von Schwaben, ausgestellt in der kgl. Pfalz zu Magdeburg, läßt den Ort Rorschach ins helle Licht der Geschichte treten. Hier wird die Eignung als Marktplatz ausdrücklich mit dem Durchgangsverkehr vieler Italienfahrer und Rompilger begründet, zum Markt aber auch das Münz- und Zollrecht gefügt. Otto Gr. schuf damit die Voraussetzung für die Bildung eines städtischen Gemeinwesens. Noch im 12. Jahrhundert erscheint es als «oppidum», kam aber, wohl wegen der Konkurrenz des nahen St. Gallen, nicht über eine halbstädtische Entwicklung hinaus. Zu neuer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sollte es nach dem Plan des Abtes Ulrich Rösch kommen, der 1485 die Verlegung seines Klosters «auf unserer Frauen Berg» ob Rorschach vorsah. Die Ämter und Rechte, die bisher mit Kloster und Stadt an der Steinach verbunden waren, sollten an die Neugründung am See übergehen, gewissermaßen die Äbttestadt dorthin verlegt werden. Bereits hatte Friedrich III. in aller Form das Privileg Ottos von 947 bestätigt und ihm erweiterte Fassung und Bedeutung gegeben, die ganz auf städtische Rechte und Freiheiten hinausliefen und ausdrücklich die Gleichstellung mit den Bodenseestädten Lindau und Konstanz aussprachen. Der Klostersturm, den die um ihre eigene Stellung bangenden St. Galler und Appenzeller inszenierten und der auch den Marktort selber sinnlos schädigte, verhinderte indes die Verlegung des Klosters und damit auch die Bildung einer spätmittelalterlichen Stadt am See. Der ganze Handel zeigt aber deutlich, wie die Gesicke des Ortes aufs engste mit denen der Abtei verbunden waren, bis die französische Revolution neue, aber zum Teil zweifelhafte Freiheiten brachte.

Willis Buch schildert aber auch die rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen. Die Gegend um Rorschach wurde bis zum 15. Jahrhundert von den Burgen der st. gallischen Ministerialen, vorab der Herren von Rosenberg und Rosenburg (bei Herisau) auf Schloß Rorschach beherrscht. Die meisten verarmten aber im späten MA. und wurden durch das aufstrebende Bürgertum St. Gallens verdrängt, während Vogteien und Gerichte an den Abt als Landesherrn übergingen. Die äbtlichen Offnungen, Libelle, Markbücher und Spruchbriefe geben ein gutes Bild vom Leben im

Rorschacher Hofetter: bau- und straßenpolizeiliche Verordnungen, Satzungen für Flurbetrieb, Erwerb und Verlust des Hofrechtes, Handel und Gewerbe, Erb- und Güterrecht. War die Unzufriedenheit der Rorschacher über die Leistungen an den Abt schon 1525 in den Bauernunruhen zum Ausdruck gekommen, so nahmen sie, unterstützt vom Zürcher Hauptmann Frei, 1528 offen das «Wort Gottes» an, mußten aber nach dem 2. Landfrieden wieder zum alten Glauben zurückkehren.

Als Hafentort hatte Rorschach naturgemäß ein intensives Interesse für die Regelung der Schifffahrt. Sie bietet für die früheren Jahrhunderte, wie vor allem für die Übergangszeit des beginnenden Dampfschiffsverkehrs wertvolle Aufschlüsse. Eine starke Förderung des Verkehrs brachte besonders die Einführung des Leinwandgewerbes durch Abt Bernhard Müller (1610), der damit der Gegend am See neue Erwerbsmöglichkeiten schaffen, sie aber auch wirtschaftlich vom neugläubigen St. Gallen unabhängig machen wollte. Rorschachs Leinen gelangte bis nach Lyon und den Märkten Italiens und Deutschlands und verlieh mehreren bedeutenden Handelsfirmen Hofrecht, den von Bayer, Hofmann, Albertis, Salvini, Zardetti etc. Das gewinnbringende Gewerbe ließ Anfang des 17. Jahrhunderts auch zwei Zünfte entstehen, die 24 Berufsarten aus dem ganzen Amt in sich vereinigten und wie im MA. Bruderschaftscharakter aufwiesen.

Daß der bescheidene Reichshof indes auch für Künstler kein unfruchtbarer Boden war, beweisen die Namen des erst unlängst wieder entdeckten Illuminators von Handschriften und Inkunabeln, Nik. Bertschi, und des ebenfalls lange verschollenen Melch. Eggmann, des Kupferstechers J. F. Roth, der Maler Al. und Jos. Martignoni und Aug. von Bayer. Eine Schule läßt sich in Rorschach seit Mitte 15. Jahrhunderts nachweisen, die stark unter dem Einfluß des Klosters stand und später durch die Einführung der Felbigermethode von sich reden machte, während Mariaberg, das mit einer Fülle spätgotischer Ornamente aus dem Schutt des Klostersturmes neu-erstanden war, zeitweise eine Lateinschule mit Philosophie und Theologie für die Schweizer Benediktiner beherbergte. Die Verbindung mit dem Kloster wurde aber jäh gelöst, als sich Rorschach in den 1790er Jahren mit den Gemeinden des Fürstenlandes unter Führung von Joh. Künzli vom Abt lossagte, unter der Franzosenherrschaft der Helvetik aber eine gründliche Ernüchterung erlebte und auf Grund der Militärkapitulationen seinen Blutzoll zu leisten hatte.

Es ist zu bedauern, daß ein vorzeitiger Tod den Verfasser daran hinderte, auch die neuzeitliche, industrielle Entwicklung Rorschachs im 19. und 20. Jahrhundert in die Darstellung einzubeziehen. Was er indes in seiner gründlichen, abwägenden Art in diesem stattlichen Jubiläumsband bietet, verdient den Dank jedes Kenners und Freundes heimatlicher Vergangenheit.

Engelberg.

P. Gall Heer.

ALBERT CHOISY, *Généalogies Genevoises. Familles admises à la Bourgeoisie avant la Réformation*. Genf, Albert Kündig, 1947. 31 + 413 S.

James Galiffe, 1776—1853, war einer der ersten in Genf, der in modernem Sinne Geschichte trieb, der bei seinen Arbeiten grundsätzlich sich auf Originalquellen stützen wollte, der zahlreiche liebgewordene «Überlieferungen» über Bord warf. Dabei schien es ihm sehr wichtig, auch die familiären Zusammenhänge der handelnden Personen zu kennen, und so gab er 1829 als Ergänzung zu seinem «*Matériaux pour l'histoire de Genève*» die «*Notices généalogiques sur les familles genevoises*» heraus, von denen bis 1895 unter seiner, seines Sohnes John und Enkels Aymon Leitung insgesamt 7 Bände erschienen, wovon zwei eine Neubearbeitung erlebten. Ich wüßte nichts, was man in der Schweiz in bezug auf Gesamtbearbeitung diesem Werke an die Seite stellen könnte. Ein solches Unternehmen kann an sich ja auch nur in einem verhältnismäßig kleinen, geschlossenen Gebiete gedeihen. Als die Genfer 1902 mit einer neuen Reihe begannen, dem *Recueil généalogique suisse*, da ahnten sie wohl nicht, daß es bei drei Bänden der Serie Genf (erschieden 1902—18) sein Bewenden haben werde. Choisy, der daran mitarbeitete, hat nun den hier anzuzeigenden Band, ohne besonderen Anschluß an das eine oder andere ältere Unternehmen herausgegeben. Und doch bildet es mit den vorangegangenen Reihen sichtlich eine Einheit, nicht nur dem Inhalte, auch der Form nach.

Dazu glaube ich sagen zu dürfen, daß, wenn die Genfer den Deutschschweizern in der Gesamtbearbeitung nach Umfang und Tiefe drei Nasenlängen voraus sind, diese über die Form wieder eine Nasenlänge aufgeholt haben. Als einziges konventionelles Zeichen beispielsweise kennen sie, wie schon Galiffe 1829, nur das † für gestorben, aber kein Zeichen für Geburt, Taufe, Ehe, Begräbnis usw., was alles nicht nur zur Kürzung des Textes, sondern auch zur rascheren Erfassung und klaren Übersichtlichkeit beitragen würde. Es wäre gut, wenn die jungen Genfer, die der 80-jährige Verfasser in seiner Einleitung zur Überholung und Weiterführung des Werkes von Galiffe auffordert, auch der darstellerischen Seite etwas mehr Gewicht beimessen würden. Bei dem großen Aufschwung, den die Genealogie allerorten genommen hat, bei der infolge geradezu interkontinentaler Vermischung der Bevölkerung immer häufigeren Benützung fremdsprachiger Werke, würde eine internationale Einigung auf konventionelle Zeichen, wie sie in andern Wissensgebieten üblich sind, große Dienste leisten.

Choisy fordert aber nicht nur zu einer Weiterarbeit auf. Einerseits zeigte er mit seiner eigenen Arbeit, wie die älteren Genealogien zu überholen sind, andererseits weist er auch den gangbaren Weg, indem seine Einleitung eine klare Übersicht über die wichtigsten Genfer Quellen gibt. Er zeigt, was und wie bereits gearbeitet wurde, und das macht das Buch auch für den reizvoll, der nicht gerade eines der 20 behandelten Geschlech-

ter sucht (Butini, Dansse, De Chapeaurouge, De la Rive, Des Arts, Du Pan, Fabri, Favre, Galiffe, Gallatin, Gautier, Lect, Lullin, Mestrezat, Naville, Pan, Pictet, Rigot, Rilliet, Roset). Selbst Ausblicke auf die Heraldik fehlen nicht. Der Nichtgenfer wird ihm auch Dank wissen für die knappe Übersicht über den Aufbau des vorrevolutionären Genfer Regimentes, der «magistrature genevoise».

Über die Genealogien selbst ist nicht viel zu sagen. Einer kurzen Wappenabhandlung folgen meist wenige Sätze Einleitung und dann die Stammliste bis zur Gegenwart, oder bis zum Aussterben, mit Lebensdaten und stichwortartigen Biographien, die selten mehr als Beruf und Ämter bringen. Eigentliche Filiationsbeweise fehlen, doch wird in der Regel auf das Vorhandensein von Notariatsakten (Eheverträge, letztwillige Verfügungen) hingewiesen, die den Zusammenhang der Einzelfamilien weitgehend sicher erkennen lassen.

Wir hoffen mit dem Verfasser, daß die Kette dieser Genfer Veröffentlichungen nicht abreiße!

Zürich.

W. H. Ruoff.

JOSEF SCHACHER, *Das Hexenwesen im Kanton Luzern nach den Prozessen von Luzern und Sursee 1400—1675*. Räber & Cie., Luzern 1947. 14 + 112 S.

Man hat oft ein Vorurteil gegenüber Dissertationen; man nimmt sie nicht voll, da den Verfassern ja naturgemäß noch viel an Erfahrung abgeht. Man bespricht sie deshalb auch nicht regelmäßig, und man ist gerne geneigt, ein Auge zuzudrücken. Vielleicht ist es aber doch gut, wenn man gelegentlich auch eine weniger geratene Doktorarbeit sich vor Augen hält, um für sich selber festzustellen, wo man ansetzen muß.

Die vorliegende Freiburger Dissertation will eine Gesamtdarstellung des Hexenwesens im Kanton Luzern geben, unter thematischer Gliederung des Stoffes. Der Verfasser führt erläuternd aus: «Für den Historiker stellen die Erscheinungen des Hexenglaubens keineswegs etwas Isoliertes dar. Sie verzweigen sich vielmehr in zahlreiche Berührungen mit der Kirchengeschichte, der Geschichte des Strafrechts, der Medizin und Naturforschung und nicht zuletzt in wesentlich theologische Fragen». Soldan hat das schon 100 Jahre früher erkannt, denn im Buche von Soldan-Heppe-Bauer 1, VIII (das von Schacher an dieser Stelle nicht zitiert wird) lesen wir auffallend ähnlich: «Die Erscheinungen des Zauberglaubens sind nicht etwas Isoliertes: sie stehen nicht bloß mit dem allgemeinen Stande der Bildung in stetem Zusammenhange, sondern verzweigen sich auch in zahlreichen Berührungen mit der Kirchengeschichte, der Geschichte des Strafrechts, der Medizin und Naturforschung...».

Die thematischen Gliederung geschieht in vier Abschnitte: 1. Die Malefizien, 2. Der Hexenprozeß, 3. Die Stellung des Klerus zum Hexenprozeß, 4. Das Volk und die Hexen. Was er dabei jeweils als Einleitung und Rahmen bringt, sind — wie die Belege ausweisen — zum großen Teil Gedankengänge anderer Leute. Luzernisch sind die Fälle an sich. Deren Anordnung, die Aufteilung ist die Hauptarbeit des Verfassers. Er hat sich dabei sichtlich Mühe gegeben; zahlreiche Quellenstellen erscheinen im Urtext.

Bei Worterklärungen hat der Verfasser manchmal etwas Pech: So dürfte S. 14 schüofli nicht Schaufel, sondern kleine Schöpfe sein; S. 23 es dreimal und nicht 3 mahl heißen; S. 26 geschänt mit geschändet und nicht mit geschadet verschriftdeutsch werden, usw.

Man kann sich leider des Eindrucks nicht erwehren, als habe der Verfasser keinen rechten Begriff vom alten Prozeßwesen. Er führt S. 35 einen Abschnitt aus der CCC an, in dem vorerst das Anerbieten, jemanden die Zauberei zu lehren, dann der Umgang mit Zauberern, usw. genannt werden, und der schließt mit: «das gipt ein redliche anzeigung der zauberey und gnugsam ursach zu peinlicher frage». Nun verschriftdeutsch Schacher anzeigung mit Anzeige statt mit Anzeichen (gleich Indiz) und leitet den Abschnitt ein mit: Die rechtliche Grundlage zur Anzeige von Hexen ist in der Carolina mit folgenden Worten festgehalten . . . Wahrscheinlich kennt er eben die CCC und ihre gerade für das Hexenwesen interessanten Kommentare nur aus zweiter Hand.

Man sollte, um über den **Luzerner Hexenprozeß** Wesentliches aussagen zu können, diesen zumindest mit dem ordentlichen Verfahren derselben Zeit in Luzern und möglichst auch mit dem Hexenprozeß anderer Orte vergleichen. Statt dessen beurteilt ihn der Verfasser von der Gegenwart aus und gelangt zu Sätzen, wie «Der Form nach weisen hingegen die Kundschaftsberichte Mängel auf, die in der heutigen Gerichtspraxis ganz anders behandelt werden». Vielleicht kommt dieses seltsame Deutsch von einer teilweisen Entlehnung des Satzes aus irgend einer nicht genannten Quelle. Für dieses, die Unselbständigkeit des Verfassers dokumentierende Verfahren sei noch ein weiterer Beleg gegeben. Schacher schreibt S. 69: «Im Grunde genommen waren viele Freigelassene nach der Rückkehr von ihrer Heimat und den Ihrigen doch wie Aussätzige verstoßen», Soldan-Heppe-Bauer I 389 hingegen: «Nicht selten aber sahen sich die Unglücklichen bei ihrer Rückkehr von ihrer Heimat und den Ihrigen wie Aussätzige verstoßen».

Im Abschnitte: «Die Stellung des Klerus zum Hexenwesen» belegt er die mäßige Stellung der katholischen Kirche im 17. Jahrhundert. Da er aber im Titel vom Klerus spricht, so hätte er doch die bekannte Aussage der «Hexe» Kalbacher im Zuger Prozeß von 1737 anführen müssen, laut der sie nach einer Unterredung mit den Jesuiten in Luzern und auf deren Weisung hin sich in Zug dem Hexentribunal stellte. Im gleichen Zusammenhang ist es nicht bedeutungslos, daß der damalige Luzerner Stadtpfarrer sich sofort bereit erklärt haben soll, Seile und Ketten, die der Fesselung und

Folterung einer Luzerner «Mitschuldigen» dienen sollten, zu segnen. (In diesem Verfahren findet sich übrigens ein Beleg für den Hexensabbatplatz Erlösen bei Beromünster! Vgl. Schacher S. 20.)

Kein ernsthafter Forscher wird deshalb der katholischen Kirche oder Luzern etwas nachtragen. Die Zeiten, in denen sich Katholiken und Protestanten gegenseitig die größere Schuld zuschieben wollten, dem andern vorrechneten, daß in seinem Lager noch ein paar Jahre später und noch einige Hexen mehr verbrannt worden seien, sind vorbei. Wir erkennen heute auch aus dem Negativen, daß wir Enkel und Erben ein- und derselben Vergangenheit sind.

Es ist überhaupt so ein Ding mit diesen Statistiken. Ganz abgesehen davon, daß der Begriff «Hexerei» nicht von allen Zählenden gleich gefaßt wird, bleiben noch die Lücken in Akten und Forschung zu berücksichtigen. Zürich z. B. hatte mehr Prozesse, als Schweizer zusammenstellte. Luzern vielleicht auch!? So fand ich bei Schacher keine erkennbare Spur der 1560 hingerichteten Bettlerfamilie, bei der die Mutter «Wetter gemacht und vil böser Stück angefangen». Vergleiche dazu den Druck: «Ein wunderbarlich und unerhört erschrocklich histori, so sich verlossen hat zu Lutzern im Schweytzerlandt den 12. augusti anno 1560; Nürnberg, Georg Merckel, 6 S.», wovon sich ein Stück in der Wickiana, einer Sammlung der Zentralbibliothek Zürich erhalten hat, das, soviel ich sehe, bis jetzt in der «Hexenliteratur» unbenützt blieb.

Zürich.

W. H. Ruoff.

GRÉGOIRE GHICA, *La fin de l'état corporatif en Valais et l'établissement de la souveraineté des dizains au XVII^e siècle*. Thèse de doctorat en droit de l'Université de Genève. Sion 1947, 283 p. in 8^o.

L'histoire du droit public valaisan est caractérisée, dès le milieu du XIV^e siècle, par l'opposition où s'affrontent, en se disputant l'Etat, le Prince-Evêque de Sion et les 7 Dizains du Haut-Valais. La thèse maîtresse de l'auteur, c'est que ce débat a son point de départ dans un régime politique corporatif, établi au Valais dès le XII^e siècle peut-être, et qu'il aboutit, en 1613, à la consécration juridique d'une confédération de communes souveraines tendant vers l'unité. «Le Valais», dit-il (p. 17 et s.) en marquant par là l'intérêt de la question pour l'histoire générale du droit public, «est un des rares pays d'Europe, ayant eu une véritable constitution corporative, où l'équilibre résultant de cette constitution fut rompu, au XVII^e siècle déjà, dans des formes juridiques».

Une première partie de l'ouvrage (p. 11 à 98), après avoir affirmé l'existence d'un Etat corporatif valaisan au moyen âge, en décrit les vicissitudes, les éclipses et la disparition, de l'épiscopat de Guichard Tavel (1342—1375) à celui de Hildebrand Jost (1613—1638). Une seconde partie

(p. 99 à 261) expose les circonstances dans lesquelles l'Evêque fut dépouillé de son pouvoir temporel et présente avec ampleur les thèses adverses de l'Eglise et des dizains; elle se termine par des considérations sur les doctrines politiques dont ces thèses ont pu s'inspirer et elle pose notamment cette question: «Jean Bodin a-t-il été lu en Valais au XVII^e siècle?» Ce dont il faut d'abord louer l'auteur, c'est d'avoir avec tant de soin dépouillé des sources très abondantes, éditées et manuscrites, et fourni à son lecteur, par de nombreux et judicieux extraits, l'essentiel de la documentation dont il a pu disposer. D'autant plus regrettera-t-on l'absence de tout répertoire susceptible de rendre commodément utilisable un ouvrage dont la composition n'a pas été très poussée et où il est parfois difficile de se retrouver dans le réseau des faits ou de la démonstration. Du moins l'intérêt est-il constamment soutenu, non seulement par le fond même de l'étude, mais par la ferveur que M. Ghika y apporte et par la variété des multiples réflexions qu'elle lui suggère.

«Il faut avouer, dit quelque part M. Ghika, que le système constitutionnel du Valais n'est pas facile à analyser et à caractériser» (p. 142). En écrivant cette phrase, l'auteur a en vue le Valais du XVII^e siècle, mais on peut se demander si elle ne s'applique pas tout aussi bien au Valais du dernier moyen âge. Est-il bien vrai que ce pays a été, à cette époque, un Etat corporatif, défini dans les termes que l'auteur emprunte à M. Lousse: «une forme de la communauté politique dans laquelle la suprême puissance, qui appartient en théorie au prince, est limitée par les privilèges concédés à un certain nombre d'ordres ou d'états» (p. 15, 277)? Quels sont donc ces ordres en Valais, et de quels privilèges ont-ils bénéficié par concession de l'Evêque? M. Ghika croit pouvoir y distinguer trois ordres: le clergé, la noblesse et les communes. De fait on trouve longtemps, dans le conseil de l'Evêque dont paraît être issu le conseil général ou diète du Valais, des clercs, des nobles et des hommes des communes. Mais s'agit-il des éléments, stables ou non, d'une cour féodale plus ou moins étendue selon l'époque et l'occasion, ou vraiment de trois ordres constitués en quelque sorte et représentant l'ensemble du pays? M. Ghika a éprouvé ici des doutes (v. notamment p. 32 et s.), et ces doutes, sur lesquels il a passé d'ailleurs, peuvent paraître légitimes d'autant plus qu'il ne semble pas y avoir de traces, dans la terminologie valaisanne de l'époque, d'un régime politique corporatif (cf., en revanche, p. 163 où, dans un document de 1618, on voit l'Evêque, le Chapitre et le Pays dénommés «les trois Etats», c'est-à-dire, selon l'auteur, les «trois ordres du pays»! adde p. 268). Comme il le constate, le clergé siégeant au conseil se ramène à une représentation du chapitre cathédral. Or, dit-il, le Chapitre, véritable corporation sans doute, mais dont la «position en tant qu'ordre ne parut pas absolument claire, même aux yeux du clergé» (p. 13, n. 6), «fait plutôt figure de conseil particulier du prince, et ne représente guère le pays» (p. 31). D'autre part, selon ses propres affirmations, «aucun document ne fait mention d'un corps véritable

de la noblesse» (p. 30), et, ce que les textes établissent, c'est que de très bonne heure et toujours plus exclusivement les nobles qui assistent au conseil y viennent au nom de quelque commune, et seront peu à peu éliminés par les communes. Toujours selon l'auteur, «le seul *ordre* vraiment constitué est celui des communes» (p. 31).

Ainsi, en face de l'Evêque doublé de son chapitre, il n'y aura vraiment, dans le conseil général dont la première convocation connue date de 1339 (p. 29; cf. p. 25 et s.), qu'une représentation propre du pays, celle des communes, dont le groupement en dizains est attesté en 1252 mais ne prend sa figure définitive qu'en 1355 (p. 37, n. 84). Tel sera, comme le démontre l'auteur, le régime normal, du XIV^e jusqu'au commencement du XVII^e siècle. Et c'est à ce régime qu'il applique encore, avec insistance, le nom d'Etat corporatif. L'exactitude de cette dénomination me paraît dépendre en particulier du principe qui anime les communes et qui va les dresser en un corps de dizains devant l'Evêque, comte et préfet du Valais, prince d'Empire. Elle se justifierait peut-être s'il s'agissait de la défense d'intérêts économiques ou sociaux, si la concentration des communes avait eu pour objet la poursuite d'avantages et la concession de privilèges de la part d'un seigneur territorial reconnu comme le maître du pays. Mais plus que personne M. Ghika fait état de ce qu'il appelle la souveraineté de la commune en Haut-Valais. Or, cette même souveraineté, qui est une volonté opiniâtre d'indépendance à l'égard de toute immixtion (cf. p. 184, n. 631, p. 260, n. 896), c'est elle qui, enracinée dans la race et favorisée par les conditions de la vie alpestre, avait affranchi les Waldstätten au XIII^e siècle, et M. Ghika dit assez de quel exemple ne cessèrent d'être pour les Haut-Valaisans ces voisins devenus de bonne heure (1403) des combourgeois. Au stade primaire, cette souveraineté s'impose à l'Evêque, qui doit reconnaître les coutumes et libres usages des communes. Elevée à la proportion du pays, de la Landschaft, elle unit les communes en dizains, elle les pousse à prendre corps dans la diète, à faire la guerre et à traiter pour leur propre compte avec des Etats, avec la Savoie (1361), avec les Waldstätten (1416/17) et, tout en reconnaissant les pouvoirs, spirituel et temporel, de l'Evêque, à le plier s'il le faut aux exigences de leur politique. J'inclinerais donc à penser que, du régime féodal, le Valais a passé sans transition marquée au régime d'un Etat fondé sur deux principes rivaux dont l'opposition essentielle explique son instabilité prolongée: le pouvoir séculier de l'Evêque, dont les titres, le comté et la préfecture, prétendent remonter à une donation de Charlemagne, la Caroline, confirmée par Charles IV et par Charles-Quint, et cette souveraineté des communes ou des dizains, qui n'a pas de diplômes mais qui, avant «la force heureuse» (p. 185), repose sur une vertu: la volonté d'indépendance, génératrice des libertés communales et du Landrecht («das allerköstliche Kleinod, die fryheit», p. 182), et à laquelle il ne sera pas impossible de trouver un fondement, non seulement dans le secours divin mais dans la renonciation des Empereurs à pro-

téger l'Evêché. M. Ghika a décrit les phases et les circonstances de ce conflit séculaire, dont le Landfrieden de 1355 marque le premier terme et qui, scandé par les accords de 1415, l'organisation judiciaire de 1435 et les articles de Naters de 1446, aboutit aux capitulations électorales régulièrement imposées aux évêques depuis Jodoc de Silenen (1482) jusqu'à celle que dut subir Hildebrand Jost en renonçant à la Caroline (1613).

Comme le dit l'auteur, cette renonciation à la Caroline « n'impliquait aucun changement dans les droits du clergé, puisque l'Eglise reconnaissait simplement la souveraineté des dizains et la vanité de la donation de Charlemagne comme un état de droit » (p. 237; cf. p. 133). Telle étant la réalité des choses, on peut se demander si ce n'est pas dénaturer les termes du débat provoqué par la capitulation de 1613 que de le ramener à des prétentions inspirées, de part et d'autre, par un même esprit d'absolutisme politique (p. 142 et s., 252). Certes, Hildebrand Jost s'élève contre la souveraineté que s'attribuent les dizains, mais c'est que, pour la première fois, cette souveraineté, reconnue à certains égards par ses prédécesseurs, se révèle absolument incompatible, dans sa plénitude, avec le principe même de son pouvoir temporel qui est d'une autre essence. Pour lui, l'Evêque ne peut être que la « tête » de l'Etat valaisan, mais il fait d'ailleurs de cet Etat un corps dont le Chapitre serait comme le tronc et dont les dizains sont les « membres » (p. 163 et s.). Or, cette conception, l'auteur voit bien qu'elle n'a rien d'absolutiste et il s'en étonne (p. 156 et s., 168). Faut-il parler davantage d'un absolutisme des Patriotes, limités pourtant qu'ils se sentent par les prérogatives de l'Evêque et bridés qu'ils sont par leur mandat de députés à la diète? L'auteur le pense et l'une des parties les plus marquantes de son ouvrage est consacrée à la recherche des sources où peut avoir puisé la doctrine de ces hommes qui formèrent alors l'aristocratie du Valais. Constatant combien largement cette élite fut gagnée, dès le XVI^e siècle, aux idées calvinistes, en raison surtout du nombre des jeunes Valaisans qui longtemps fréquentèrent les écoles de Genève, de Bâle et de Zurich (p. 85 et s., 104 et s., 201, 208 et s., 257 et s.), c'est, pour lui, dans la pensée politique de la Réforme que les Patriotes auraient trouvé le fondement d'un « droit de résistance » (p. 205 et s.) contre l'Evêque et c'est d'elle qu'ils tiendraient leur idée de la souveraineté (p. 252 et s.).

Sur le premier point, je crois vraiment qu'il s'abuse, même s'il fallait (mais j'en doute) considérer le Valais de cette époque comme « un Etat formellement monarchique, muni d'un gouvernement aristocratique » (p. 207). Car s'il est vrai, comme il l'affirme (p. 45, 211), que « le régime corporatif des Etats européens » explique parfaitement l'exercice du droit de résistance, dans ce pays, au XIV^e siècle, on doit constater qu'au contraire les Réformateurs s'y sont montrés hostiles en principe. Certes, Théodore de Bèze, au lendemain de la Saint-Barthélemy, a pu, avec d'autres, combattre l'iniquité royale en assignant aux ordres constitués le pouvoir d'y mettre un frein au nom du peuple. Mais de là à prétendre que les Valaisans reçurent cet

enseignement de Genève, il y a loin. Bien plus, on ne voit pas qu'au XVII^e siècle les Patriotes se soient jamais prévalus du droit de résistance à l'oppression, on conçoit mal comment l'idée même pourrait leur en être venue alors que, de si longue date, les communes et la diète s'arrogent le droit de faire la loi à l'Evêque et n'ont cessé de lui arracher des attributs de son pouvoir temporel. Ce dont ils l'accusent, c'est d'être un protégé qui viole les engagements qu'il a contractés envers le souverain (p. 78, 115 et s., 149, 162 et s., 204 et s.) et qui s'érige en « haut seigneur » comme s'ils étaient ses « sujets » (p. 148, 177 et s.); ce n'est pas d'être un tyran. Et d'ailleurs, comme l'auteur lui-même le constate non sans surprise (p. 210), Hildebrand Jost ne s'est jamais défendu d'une pareille accusation. — M. Ghika a été plus heureux, il me semble, quand il croit discerner dans le langage des Patriotes des traces de l'influence de Bodin. Car le mot de souveraineté qu'ils affectionnent n'est certainement pas de leur cru et l'image de « l'échelon à la souveraineté » dont ils usent parfois (p. 257, 162), il se pourrait bien en effet qu'ils l'aient recueillie, avec d'autres peut-être, dans *Les six livres de la République*. S'il en fut ainsi, comme M. Ghika s'est louablement efforcé de l'établir sans prétendre aller au delà d'une simple conjecture, on serait amené à penser que les Patriotes trouvèrent dans cet ouvrage, avec la leçon d'une souveraineté indivisible, de quoi confirmer leurs tendances aristocratiques et forger la pointe d'un certain absolutisme. Mais un nom n'est pas la chose, ni la couleur doctrinale le fond d'une pensée. Quand ils proclament la souveraineté des dizains, ils se disent et ils sont tout d'abord les hérauts d'une libre communauté (« ein fry Volck ») édiflée sur le fond autochtone de l'indépendance des communes.

Comment donc l'action propre du corps politique valaisan s'accordait-elle, au commencement du XVII^e siècle, avec l'indépendance communale? Sur ce point capital, où les sources n'autorisent guère, semble-t-il, de réponse catégorique, l'auteur est travaillé par des considérations contraires. D'une part, il reconnaît au pays une certaine unité, dont il juge que les Patriotes font en fait leur profit en s'efforçant de se libérer du contrôle direct des communes (cf. p. 139 et s., 228); il va même, nous l'avons vu, jusqu'à parler d'un « gouvernement aristocratique » du Valais, et, dans le titre de son ouvrage, d'une « souveraineté des dizains au XVII^e siècle ». Mais, d'autre part, il en revient toujours à la souveraineté communale et en définitive, juridiquement, le pays lui paraît constituer non pas tant une sorte d'Etat fédératif qu'une confédération de communes souveraines (p. 14, n. 8, p. 17, n. 15, p. 144, n. 478, p. 219, n. 756, p. 227, 248, 280). C'est sur l'article 11 de la capitulation électorale de 1613 que M. Ghika concentre ici son argumentation. Le texte est ainsi conçu: « Urtheilen und alle actus so durch den Fürsten Landtshauptman und eingesessenen Landrats und vor Rhädt undt Gmeindt in abscheit koment, wollendt in Krafft verblyben undt durch den Bischoff nitt geweigert, sunders observiert werden » (p. 121, n. 431). Dans l'interprétation qu'en donne notre auteur, cette disposition sanctionnerait

le droit de veto de chaque commune à l'égard de toute décision de la diète (p. 138 et s.). Il est permis d'en douter. Car l'article 11 n'a pas pour objet de régler le mode d'élaboration des décisions liant l'Evêque, mais bien de limiter les pouvoirs de l'Evêque en déterminant devant quelles décisions il devra s'incliner. Une telle limitation n'aurait été en fait qu'illusoire s'il avait fallu que la décision prise le fût malgré l'Evêque à l'unanimité des communes valaisannes. «L'esprit et le sens de cette disposition, notait d'ailleurs le Chapitre, est qu'ils (les Patriotes) veulent dominer dans les diètes grâce à la majorité des suffrages» (p. 127). M. Ghika ne peut croire que cette interprétation cependant privilégiée reflète l'ordre juridique valaisan de l'époque (p. 139). Et, certes, il n'a pas de peine à faire voir à quelles résistances tenaces s'achoppa le principe majoritaire. Mais ces résistances, la diète d'août 1609, se faisant l'écho unanime de l'Evêque, les condamne comme des abus, contraires à l'usage établi et dont les dizains, les communes et les députés devront désormais s'abstenir. En effet, dit le recès, le bien et l'unité de la patrie exigent, dans les limites de la religion, de l'équité et du droit, et sous réserve des libertés civiles et ecclésiastiques, des bonnes coutumes et des justes ordonnances, que le commun profit voulu par le plus grand nombre l'emporte sur l'intérêt particulier (v. W. Liebeskind, *Das Referendum der Landschaft Wallis*, 1928, p. 80 et s.). Sans doute, ces limitations et ces réserves pouvaient-elles servir de prétexte à mainte opposition d'autant plus difficile à surmonter qu'elle représentait des intérêts communaux ou régionaux importants, ou qu'il ne s'agissait pas d'un acte politique indispensable. Mais, ces limitations et ces réserves mises à part, on ne voit pas comment, quatre ans après la résolution unanime de 1609, les dizains pourraient avoir entendu, dans la capitulation électorale de 1613, reconnaître et sanctionner dans sa plénitude le veto communal. Les textes dont M. Ghika se prévaut (p. 227 et s., notamment) n'autorisent point, à mon sens, la conclusion que la règle de majorité n'était que de fait, non de droit, et encore moins que «la majorité des députés à la Diète ne pouvait faire la loi et n'avait donc aucune importance» (p. 138; cf. p. 174). En revanche, certains textes mentionnés par lui (p. 104, n. 368, p. 110, 174, 186 à 190) disent ou impliquent à mon sens le contraire, et quelques-uns même, sur lesquels il me paraît passer trop vite, semblent bien témoigner que, dans nombre de cas, la décision prise par la majorité de la diète n'était pas communiquée par écrit aux communes ou ne l'était pas *ad referendum* mais pour leur permettre de vérifier la régularité du vote en s'assurant de la fidélité des députés à leurs instructions (p. 160, 161, n. 541, p. 186).

Quoi qu'il en soit de l'exacte réalité des choses dans cette période, apparemment décisive, de l'histoire constitutionnelle du Valais, la résistance des communes au principe majoritaire, difficile à comprendre dans l'hypothèse d'une origine purement «corporative» de la diète (cf. p. 228), se conçoit très bien comme la manifestation d'une antique souveraineté communale, et la consécration juridique de ce principe ne peut s'expliquer que

par la formation d'une communauté politique où les communes se sont incorporées et dont elles ont pris nettement conscience. Beaucoup plus que M. Ghika, je serais donc porté à admettre que l'idée de pays, de patrie, a joué dans l'histoire du Valais, d'assez bonne heure et surtout au XVII^e siècle, un rôle propre à réaliser son unité politique à l'égard non seulement de l'étranger et des cantons suisses avec lesquels il forme la « grande patrie » (p. 249), mais jusque dans sa vie intérieure. *Dominus patria vero perpetua*, disent déjà les Patriotes sous Mathieu Schiner pour affirmer l'autorité permanente des dizains en face d'un prince qui dépend d'eux par l'élection (p. 78; cf. p. 220, n. 759). Et les formules du XVII^e siècle sont caractéristiques: « ein Landschaft, ein Corpus, ein Republik oder Standt », « ein Corpus, ein gmeindt, ein Oberkeit und ein Rhaat » (p. 187). — C'est aussi d'ailleurs de la patrie, après Dieu dont l'Eglise de Sion tient d'abord son mandat, que voudra se réclamer l'évêque Hildebrand de Riedmatten, en 1603, plus haut et plus loin que la donation même de Charlemagne, dans un texte où l'auteur conjecture un peu facilement, je le crains, la main du secrétaire de la diète bien qu'il soit confirmé d'autre part dans sa partie suspectée (p. 103 et n. 364; cf. p. 101, 156 et s.). Vraiment, aux yeux des communes que l'humeur d'indépendance tend même à fractionner parfois (p. 219, n. 756), et pour les 7 dizains qu'il s'agit d'accorder, la personne de l'Evêque et sa principauté durent fixer et soutenir naturellement l'unité valaisanne (a^o 1600: « ein einziger Fürsten und Hoche Oberkeit », p. 186).

Mais ici se présente ce qu'on peut considérer comme le problème central de l'ouvrage: quelle est, avant et après la capitulation de 1613, la substance du pouvoir temporel de l'Evêque? En effet, c'est de cet acte politique que l'auteur fait dépendre, non pas en fait il est vrai, mais en droit, la disparition de ce qu'il croit avoir été l'Etat corporatif du Valais et l'établissement de la souveraineté des dizains (p. 129 et s.). Pour lui l'Evêque disposait, avant 1613, comme les communes, d'un droit de veto général à l'égard des décisions de la diète; la disposition connue de l'article 11 l'en aurait dépouillé tandis qu'elle confirmait celui des communes et par là elle l'aurait privé même de toute voix efficace à la diète (p. 138 et s.). Cette interprétation devient caduque s'il est vrai que l'article 11 n'a pas sanctionné proprement le veto communal et qu'en règle la diète décidait à la majorité des voix. Avant comme après 1613, l'Evêque, qui est allé jusqu'à recommander le système (p. 104, n. 368, p. 160), y avait en principe sa voix comptée (p. 171, 174, 228; cf. p. 272), et il serait intéressant de déterminer, s'il est possible, quel en était le poids (alors que le Chapitre ne votait pas) dans le cas d'égalité des suffrages, de quand date et ce que fut le critère de distinction entre les cas où l'Evêque vote et ceux où il n'est que *collector vocum* (v. p. 229, 272). Quant au droit de veto, il me paraît bien difficile de le reconnaître généralement à l'Evêque avant la capitulation de 1613, alors que déjà tant d'actes publics acceptés par lui avaient impliqué de sa part une reconnaissance juridique de mainte préroga-

tive souveraine des dizains. Mais il existe un domaine, en revanche, que l'Evêque s'est constamment réservé et que nul ne lui avait jusqu'alors contesté, à savoir «la religion et les libertés et statuts de l'état ecclésiastique ou civil» (p. 104, n. 368). L'innovation probable des dizains, en 1613, c'est d'avoir supprimé cette réserve et tel est sans doute le grief du Chapitre quand il constate qu'«il ne reste à l'évêque qu'à ratifier tout ce qu'ils décident, même s'ils portent atteinte à la religion, etc.» (p. 127; cf. p. 175). Certes, le souverain n'entend pas empiéter sur le spirituel ni consommer l'injustice, mais dorénavant il sera le seul juge de l'extension du temporel et c'est à lui qu'il appartiendra de contenir son action dans les limites de la justice (cf. p. 176, 229). Dans cette interprétation proposée, la capitulation de 1613 (mis à part de droit reconnu au bailli, à l'article 12, de convoquer des diètes indépendamment de l'Evêque) n'a pas eu la portée que lui attribue M. Ghika. Mais il demeure qu'en supprimant ce qui pouvait rester à l'Evêque de son veto à l'égard des dizains, elle a bien achevé d'abolir dans son article 11, comme il l'affirme, l'ancien ordre politique valaisan. Désormais, ainsi que l'exposent clairement deux chapitres (p. 199 à 252) sur la nouvelle conception de l'Etat du Valais dans son organisation interne et dans ses rapports externes, l'Evêque sera considéré comme le magistrat d'une République, librement élu et librement révocable s'il abuse de ses fonctions.

L'ouvrage de M. Ghika ne se lit pas sans susciter un vif intérêt pour le sujet traité. Je lui dois ma propre initiation à l'histoire du droit public valaisan et les réflexions critiques qu'il m'a suggérées dans ses thèses essentielles sont donc en réalité plutôt des questions que je livre à l'examen des connaisseurs. Par son patient et probe labeur aux sources, par le goût aussi qu'il nourrit pour les idées générales, le jeune auteur est de ceux-là et il faut désirer qu'il persévère dans un domaine si riche et si digne d'être entièrement défriché.

L a u s a n n e .

Philippe Meylan.

FRÉDÉRIC DE SENDELBACH, *Le Baron de Bachmann an der Letz, Patricien glaronnais au service des Bourbons 1740—1831*. Edition Victor Attinger, Neuchâtel 1947. 406 S.

Das Buch enthält im ersten Teil eine Übersicht der Vorfahren des ersten eidgenössischen Generals Niklaus Franz. v. Bachmann von Näfels. Das Geschlecht soll von Uster stammen. Der Erste, dessen Namen man mit Sicherheit kennt, war Walter Bachmann, 1280 Bürger von Zürich. Über Benken und Weesen kam das Geschlecht in den Kanton Glarus. Georg Adrian Bachmann von Weesen erwarb im Jahre 1602 das Landrecht von Glarus. Johann Georg Bachmann von Benken in Weesen (1621—1703), der sich aus der Leibeigenschaft des Damenstiftes Schänis losgekauft hatte,

wurde 1651 in das Landrecht von Glarus und in das Bürgerrecht (Tagwenrecht) von Näfels aufgenommen. Seine Ehe mit Anna Margreth Freuler, einer Enkelin des 1651 verstorbenen Garde-Obersten und Palast-Erbauers Kaspar Freuler von Näfels, öffnete ihm die politische Laufbahn. Im Jahre 1684 wurde er katholischer Landammann. Seine Söhne und Enkel begaben sich, wie fast alle Glieder der vornehmen katholischen Familien, in fremde Kriegsdienste, meistens nach Frankreich. Der Verfasser beschreibt ausführlich unter Benutzung bisher unbekannter Familienpapiere, das Leben, den Aufstieg und die Schicksale der bedeutendsten Offiziere dieses Geschlechtes. Es sind:

1. Karl Leontius Bachmann (1683—1749), Brigadier und Feldmarschall.
2. Karl Josef Anton Bachmann (1734—1792), Major der Garde und Feldmarschall, Verteidiger der Tuileries, hingerichtet in Paris am 3. September 1792.

3. Niklaus Franz Bachmann (1740—1831), Oberst per commission des Schweizer Regimentes Vinzens v. Salis, Oberst und Inhaber eines Schweizer Regimentes in Sardinien, Oberst eines Emigranten-Regimentes in englischem Solde beim österreichischen Heere, Oberanführer der aufständischen demokratischen Kantone gegen die helvetische Regierung, eidgenössischer General bei der Grenzbesetzung 1815. Wie schon der Titel des Buches anzeigt, ist das Leben dieses Offiziers besonders eingehend geschildert. Mit ihm stirbt im Jahre 1831 diese Linie der Bachmann von Näfels im Mannesstamme aus. Eine andere Linie, die von Landammann Johann Georg Bachmann ausgeht, lebt heute noch unter dem Namen de Pacquement in Paris. Sie erneuerte im Jahre 1925 ihr Bürgerrecht in Näfels.

Das Werk F. v. Sendelbachs ist mit seinen 400 Seiten ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis des fremden Dienstes in Frankreich und der Vorgänge bei der Grenzbesetzung im Jahre 1815. Einige kleinere Berichtigungen sollen im folgenden angebracht sein.

Das Bündnis zwischen der Schweiz und Frankreich wurde nicht 1621, sondern 1602 erneuert (S. 11).

Rudolf Steinmüller, der Verfasser des handschriftlichen geographisch-statistischen Lexikons des Landes Glarus (1796), ist nicht abbé, sondern evangelischer Pfarrer von Obstalden (S. 12).

Die katholischen Landvögte von Sargans wurden im Lande Glarus nicht vom Rate, sondern gemäß Gesetz von 1649 durch das Los der Kugel von der katholischen Landsgemeinde gewählt (S. 17).

Ein Glarner Hauptmann war wohl dem Rate seiner Konfession verantwortlich für seine Standes-Kompagnie, aber er war nicht verpflichtet, dem Rate monatlich einen Dienstbericht abzugeben. Weder die Akten noch die Ratsprotokolle im Landesarchiv erwähnen diesen Bericht (S. 31).

Wenn der Verfasser S. 58 schreibt: Der Fremdienst erweckt heute in den Schweizern nur peinliche Gefühle, weil er den Patriziern nur Ehren und Vorteil brachte, so ist dieses Urteil unrichtig. Der Schweizer hat

heute gelernt, den Fremddienst wesentlich als eine Quelle des Verdienstes anzusehen, die man bis zum Aufkommen einer starken Industrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nötig hatte.

Die Truppen Bachmanns, die im Dezember 1800 über den Albulapaß ins Engadin zogen, mußten keinen Gletscher überschreiten, wohl aber sich mühsam den Weg durch den hohen Schnee brechen (S. 280).

Der Verfasser schreibt S. 32, daß dem Kriegsgericht der Schweizer Regimenter auch Magistratspersonen angehörten; dies dürfte ein Irrtum sein. Wenigstens läßt sich nicht nachweisen, daß jemals der evangelische oder katholische Rat von Glarus Abgeordnete an ein Kriegsgericht nach Frankreich gesandte hätte.

Von Sendelbach fügt seinem Werke ein umfangreiches Literaturverzeichnis bei, das jedem willkommen ist, der sich mit den fremden Diensten beschäftigt. Ebenso sind wir ihm dankbar für sein ausführliches Register. Zu bedauern ist jedoch, daß der Verfasser nirgends sagt, wo heute die mehrfach erwähnte Korrespondenz der Bachmann zu finden ist und ebenso nicht bemerkt, wo die Originale der Bilder sind, die das Buch schmücken.

M o l l i s.

P a u l T h ü r e r.

PAUL NORDMANN, *Gabriel Seigneux de Correvon*. Ein schweizerischer Kosmopolit, 1695—1775. Leo S. Olschki Ed., Firenze 1947. 171 S.

Die vorliegende Monographie, als Dissertation entstanden und in der «Biblioteca dell'Archivum Romanicum» erschienen, stützt sich vornehmlich auf den beinahe lückenlos erhaltenen ausgedehnten und zum großen Teil unveröffentlichten Briefwechsel des Herrn von Correvon. Der Verfasser vermag so diese schon bisher bekannte Gestalt aus der ersten Hälfte des schweizerischen 18. Jahrhunderts in neues Licht zu rücken. Dabei ist nicht so sehr die Amtstätigkeit des vielbeschäftigten Lausanner Richters und Ratsherrn Gegenstand der Untersuchung, als vielmehr der Mensch Gabriel Seigneux mit seinen vielseitigen Interessen, und zwanglos ergibt sich der Aufbau aus den reichlich fließenden Quellen, über die eine sorgfältige Bibliographie am Schlusse Auskunft gibt: sie bildet mit dem Anhang und dem nach Korrespondenten geordneten Verzeichnis des Briefwechsels einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit, Anregung und Ansatzpunkt zugleich zu einem Werke, das einmal als Gegenstück zu demjenigen der beiden Charrière de Sévery über die Kultur des Waadtlandes im Anfang des 18. Jahrhunderts zu schreiben wäre (S. 20).

Nach der knappen Lebensskizze und einer Charakteristik des Briefschreibers bezeichnen die Kapitel «Frankreich», «Italien», «England» die Richtung dieses allzeit regen Geistes, wobei das Schwergewicht durchaus auf Italien fällt. Denn dem Mitbegründer der «Bibliothèque Italique» und seinen Beiträgen zu dieser von 1728—1734 in 18 Bänden erschienenen

Zeitschrift gebührt in besonderem Maße das Verdienst, italienisches Geistesleben dem französischen Kulturkreis erschlossen zu haben. Diese Beiträge, Übersetzungen zumeist, erhellen aufs schönste die Arbeitsweise Seigneux', der in ausführlichen Kommentaren seine Gelehrsamkeit entfaltet und sie begeistert und seiner Verantwortung wohlbewußt in den Dienst solcher Vermittlung stellt.

Während Beziehungen zu Deutschland kaum bestehen, sind sie um so reger mit der deutschen Schweiz, für die hier die Namen Scheuchzer, Bodmer und derjenige Albrecht von Hallers wenigstens erwähnt seien. Hervorzuheben ist außerdem der Briefwechsel mit dem großen Haller, der in den «Göttingischen Anzeigen» sich eingehend mit Seigneux' Werken befaßt, während dieser seinerseits sich in der Übersetzung Hallerscher Schriften versucht. Auch wenn Seigneux bei all seiner Sprachbegabung bekanntlich keine Dichtergroße war, scheint uns grade das Kapitel «Der Poet des ‚Mercure de Neufchâtel‘» trotzdem wichtig, weil aus ihm ein entscheidender Wesenszug eindrucklich genug hervortritt: jene für ihn selbstverständliche Haltung, die er zur Pflege schweizerischer Kultur und gemeineidgenössischen Zusammengehörigkeitsgefühls auf den «Mercure» übertragen und von ihm verbreitet wissen wollte. Hierher gehören letztlich die Bemühungen des Erziehers und Ökonomen um einen allgemeinen Wohlstand, und das Thema wird mit Nachdruck erneut aufgenommen im Schlußkapitel, das dem «Helvetisten» Seigneux gewidmet ist; diesem Patrioten, der noch im hohen Alter die bio-bibliographischen Werke eines H. J. Leu und G. E. Haller eifrig unterstützte, aber auch schon in jugendlicher Begeisterung selbst eine ähnliche Unternehmung geplant hatte. Merkwürdig bleibt es, daß dieser selbe Seigneux den Anschluß an die Helvetische Gesellschaft nicht gesucht hat. Zwar verfolgte er ihre Bestrebungen «pour le bien, le lustre et l'union intime des vrais patriotes» mit reger Anteilnahme, aber ihm genügte, «de faire en petit ce que nous pouvons pour la prospérité morale et économique de notre canton et de ce pays» (Brief an Bodmer, S. 89).

B a s e l.

C h r i s t o p h V i s c h e r.

IRÈNE SCHÄRER, *Der französische Botschafter Marquis de Bonnac und seine Mission bei der Eidgenossenschaft 1727—1736*. Spiez 1948.

Die vorliegende Publikation, die ursprünglich als Dissertation der Universität Bern erschien, zeichnet sich durch verschiedene Vorzüge aus: Einordnung der Darstellung eines begabten Diplomaten in die allgemeinen europäischen und die besonderen schweizerischen Voraussetzungen, glückliche Erfassung der Bedeutung hervorragender Zeitgenossen, Herausarbeitung kulturgeschichtlicher Episoden als farbiger Hintergrund einer in den äußeren Formen großartigen Zeit, sorgfältige Verarbeitung eines weitschichtigen Materials.

Das gestellte Thema war um so dankbarer, als im Mittelpunkt eine

interessante Persönlichkeit und zugleich ein klares Problem standen: Der Marquis de Bonnac und die Erneuerung des französisch-eidgenössischen Bündnisses nach dem Tode Ludwigs XIV. Die Darstellung von Bonnacs Leben gibt den Beweis für die Wichtigkeit der gestellten Aufgabe; denn nur ein Mann, der in den Fragen der großen Weltpolitik seine Fähigkeiten bewiesen hatte, hatte Aussicht, die unendlichen Schwierigkeiten bei der Erneuerung des Bündnisses zu überwinden. Einen bedeutenden Raum muß denn auch die Darstellung eben dieser Schwierigkeiten einnehmen. Sie liegen sowohl in den besondern eidgenössischen Verhältnissen als in den Einflüssen und Beziehungen des Auslandes auf die Schweiz. Dabei kann festgestellt werden, daß die innere Situation unseres Landes außerordentlich kompliziert war; diese Tatsache in den damaligen Verhältnissen, im ganzen gesehen, stellte für unser Land einen Vorteil dar, weil damit der entscheidende Einfluß einer Großmacht auf unser Land unmöglich war. Diese Kompliziertheit lag zum Teil in den konfessionellen Voraussetzungen begründet (Badener Frieden von 1714, Trücklibund, Forderung der katholischen Orte nach der Restitution), dann in den verschiedenen politischen Einflüssen und schließlich in den starken wirtschaftlichen Verknüpfungen unserer Handelsstädte mit dem Ausland. Was von der französischen Seite her ohne Zweifel zu wenig gesehen wurde, das war der starke Hang der Orte — im besondern der protestantischen — zur Selbständigkeit. Man kann sich beim Lesen des Buches des Eindruckes nicht erwehren, daß die französische Diplomatie mit alten Vorstellungen und daraus heraus mit ungenügenden Mitteln in der Eidgenossenschaft arbeitete.

Aus diesen Voraussetzungen heraus mußte die Mission Bonnacs scheitern; der Abschluß eines Bündnisses mit allen Orten gelang ihm nicht. Trotzdem verfolgen wir mit innerer Anteilnahme das Auf und Ab der Verhandlungen, die äußeren Höhepunkte während der glanzvollen Tag-satzungen in Solothurn und die zähe, aber letzten Endes erfolglose Bearbeitung der einzelnen Stände und Persönlichkeiten hinter den Kulissen.

Dem Hauptthema ist die Darstellung anderer Fragen, die damals die Beziehungen zwischen Frankreich und der Eidgenossenschaft beschäftigten, eingeordnet; damit wird das Bild über die Mission Bonnacs in der Schweiz vollständig. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Auseinandersetzungen in Zug und die Auswirkungen des polnischen Erbfolgekrieges auf die Schweiz. Diese letzteren sind besonders interessant, weil sie alle Probleme, die damals mit der Behauptung der schweizerischen Neutralität zusammenhingen, aufzeigen.

Der Hauptwert der Arbeit liegt in der Bestätigung der Auffassungen, die sich über unsere Entwicklung im Anfang des 18. Jahrhunderts allmählich durchsetzten: Die Schweiz entbehrte zwar noch der Geschlossenheit nach innen und nach außen, war aber keineswegs mehr den fremden Einflüssen kritiklos ausgesetzt.

PIERRE LEUBA, *Pasteurs et paroissiens de Chexbres au temps de Leurs Excellences*. Imprimerie M. Girod, Lausanne 1948.

Se basant uniquement sur des sources d'archives (Archives cantonales vaudoises, communales de St-Saphorin et Chexbres, diverses archives ecclésiastiques), M. le Pasteur Leuba a écrit l'histoire de la Paroisse de Chexbres-Puidoux, à partir du moment où elle s'est détachée de la Paroisse de St-Saphorin (1688) jusqu'à la fin du régime bernois. Cet ouvrage est une utile contribution à l'histoire locale de l'actuel cercle de St-Saphorin-Lavaux et à l'histoire de l'Eglise réformée du Pays de Vaud; il corrobore, pour une paroisse précise, tous les renseignements donnés par H. Vuilleumier dans son « Histoire de l'Eglise réformée du Pays de Vaud sous le Régime bernois ». Les menus événements narrés et commentés par l'auteur nous font saisir la structure et le fonctionnement des institutions civiles et ecclésiastiques du Pays de Vaud bernois. L'historien des mœurs et des croyances populaires trouvera à y glaner maint détail pittoresque. Les renseignements concernant la densité de la population à la fin du XVIII^{ème} siècle et la crainte de l'immigration fribourgeoise sont particulièrement intéressants. M. Leuba, qui est son propre éditeur, paraît avoir fait œuvre utile.

Cully.

R. Centlivres.

CHARLY GUYOT, *La vie intellectuelle et religieuse en Suisse française à la fin du XVIII^e siècle: Henri-David de Chaillet, 1751—1823*. A la Baconnière, Neuchâtel 1946. 405 S. mit 4 Illustrationen.

Henri-David de Chaillet, « le grand Chaillet », wie er in seinem neuenburgischen Heimatkanton genannt wird, ist einer der bedeutenderen Repräsentanten des geistigen Lebens der Westschweiz im ausgehenden 18. und im beginnenden 19. Jahrhundert. Besonders hervorgetreten ist er als Literarkritiker durch die Redaktion des « Journal helvétique » von 1779 bis 1784 und als Theologe durch die Herausgabe von « Sermons sur divers textes de l'Écriture sainte » in fünf und von « Sermons sur les dogmes fondamentaux de la religion naturelle » in zwei Bänden. Als Literaturhistoriker haben ihn bisher gewürdigt u. a. Virgile Rossel, Philippe Godet und Gonzague de Reynold in ihren Darstellungen der Literaturgeschichte der welschen Schweiz, Georges Beaujon in einer Berner These und Philippe Godet noch einmal in seiner Monographie über Madame de Charrière, als Theologen Paul Wernle in seinem Werk über den schweizerischen Protestantismus im 18. Jahrhundert.

Nun legt Charly Guyot eine umfassende Biographie des Mannes vor. Sie baut sich nicht nur auf dem einschlägigen gedruckten, sondern auch auf einem umfangreichen handschriftlichen Material auf und weitet sich zu einer Darstellung des geistigen Lebens in einem großen Umkreise aus. Im Mittelpunkt steht natürlich Neuenburg; aber das Kapitel « Etudes à Bâle » wirft auch manches neue Licht auf die Geschichte Basels im 18. Jahrhundert,

ebenso erfährt durch das Kapitel «Etudes à Genève» die Rhönstadt neue Beleuchtung.

Dem Literarkritiker Chaillet sind vier Kapitel gewidmet: «Chaillet rédacteur du „Journal helvétique“»; «Chaillet critique littéraire: Les principes»; «Chaillet et les grandes œuvres classiques»; «Chaillet et les lettres de son temps». Unter den großen Gestalten der frühern Zeiten sind es vor allem Milton und Shakespeare, deren Lob Chaillet verkündet: «nous n’attribuerons pas à Chaillet le mérite d’avoir découvert, tout seul, un Milton et un Shakespeare dont son siècle déjà reconnaissait ou du moins entrevoyait le génie; mais ce dont, à bon droit, notre critique peut être loué, c’est d’avoir pris parti avec passion pour ces deux grands poètes». Von seinen Zeitgenossen beschäftigen ihn am meisten Voltaire und Rousseau: «face à Voltaire, dont l’œuvre et la destinée marquent, pour notre critique, l’aboutissement et, somme toute, la décadence de la raison classique, un puissant adversaire se dresse: Jean-Jacques Rousseau; toutes les forces véritablement novatrices du siècle finissant se rassemblent autour de ce champion, longtemps solitaire, haï, persécuté, mais dont la gloire ne cesse de grandir»; allerdings steht Chaillet Rousseau keineswegs kritiklos gegenüber: «son déisme, légèrement teint de christianisme, ne me paraît différer de l’autre qu’en ce qu’il est encore plus mal raisonné». Unter den deutschen Meistern ist Chaillet vor allem von Klopstocks «Messias» ergriffen: «O heureuse Allemagne!; sois fière de ton Klopstock!; il éclipe tous nos poètes; ... qu’est-ce qu’un Voltaire devant un Klopstock?»

Was den Theologen Chaillet betrifft, so gehörte er der Schule der «Vernünftigen Orthodoxie» an, die von Jean-Frédéric Ostervald, Jean-Alphons Turretini und Samuel Werenfels begründet worden war. Diese drei Männer nannte er gelegentlich «les Pères de l’Eglise protestante». Höchste Anerkennung zollte er auch der «Palingénésie» des Genfer Philosophen Charles Bonnet. Als Prediger genoß er unter seinen Zeitgenossen einen weitverbreiteten Ruf. «Notre Chaillet, comme Jurieu, comme Saurin, comme Romilly, connu, de son vivant, la plus enviable réputation de sermonnaire». Ein Zeitgenosse schreibt: «partout j’ai cru voir l’empreinte du génie; partout j’ai été frappé de la beauté et de la profondeur des pensées, de la chaleur du sentiment, de la justesse et de la force des raisonnements; partout j’ai reconnu la religion du Sauveur dans toute sa pureté, dans toute sa sévérité, mais aussi avec tous ses attraits».

Breiten Raum gewährt Guyot auch der Darstellung des persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Lebens Chaillets. Es bewegt sich, bei allem Reichtum der Beziehungen, in einem sozial eher beschränkten Rahmen und entbehrt nicht mancher Schattenseiten, so daß der «grand Chaillet» in der privaten Sphäre gelegentlich etwas klein erscheint.

Wir dürfen Guyot für sein gründliches, erschöpfendes Werk recht dankbar sein.

EMIL BÄCHLER, *Friedrich von Tschudi, 1820—1886, Leben und Werke.* Tschudy-Verlag, St. Gallen 1948. 411 S., 16 Abb.

Was früher an biographischen Angaben über den Verfasser des klassischen Schilderungswerkes «Das Tierleben der Alpenwelt» mancherorts mitgeteilt worden ist, geht zur Hauptsache auf die kleine Gedenkschrift zurück, die der St. Galler Lehrer J. Kuoni im Todesjahr Tschudis für dessen Familie und Freunde verfaßte und die vor allem den Staats- und Schulmann würdigte. Eine knappe, aber feinsinnig abgewogene und geistesgeschichtlich bezogene, wenn auch nicht irrtumfreie Darstellung der Persönlichkeit und ihres literarischen Hauptwerkes hat vor einem Jahrzehnt Th. W. Stadler in dem bekannten Sammelband «Große Schweizer» geliefert. Eine umfassende und belegreiche Biographie hat hingegen bislang gefehlt.

Diese legt nunmehr der hochbetagte St. Galler Naturhistoriker Emil Bächler als Frucht jahrelanger Nachforschung und Durcharbeit vor. Daß er erstmals den überaus reichhaltigen literarischen Nachlaß Tschudis benützen konnte, hat ihm gestattet, ein lückenloses Lebens- und Schaffensbild mit allen Einzelzügen zu zeichnen. So erfahren wir nun aus authentischen Zeugnissen, meist Briefen, Näheres über die vordem kaum bekannte innere Entwicklung des Gymnasiasten und Theologiestudenten, von dessen auffallender intellektueller und sprachlicher Frühreife, von dessen vielseitigen geisteswissenschaftlichen und naturkundlichen Interessen und von dessen ernsthaftem Ringen um eine Versöhnung zwischen der protestantischen Dogmatik und dem freien vernunftgemäßen Denken, wobei auch ein aufschließendes Streiflicht auf den mit Tschudi eine Zeitlang eng befreundeten jungen Jakob Burckhardt fällt, der im Winter 1839/40 in Berlin, wie die beiden letzten im Anhang mitgeteilten Briefe aus seiner Feder bezeugen, sich entschlossen dem Studium der Weltgeschichte als der Trösterin seines suchenden Geistes zuwandte.

Nicht geringe Mühe mag es sodann dem Biographen bereitet haben, Friedrich v. Tschudi, nachdem dieser — lediglich, wie nun erwiesen, aus gesundheitlichen Gründen — das Pfarramt in Lichtensteig nach wenigen Jahren aufgegeben und sich für immer in St. Gallen niedergelassen hatte, in der so mannigfaltigen Tätigkeit der Mannesjahre zu schildern, war doch dieser aufgeschlossene, trotz aristokratischer Abkunft und Gesinnung fortschrittliche Geist überall initiativ und zielstrebig, sei es als Mitbegründer oder führendes Mitglied von Vereinigungen und Gesellschaften für das Kulturwesen, die Landwirtschaftsförderung, den Alpinismus, sei es in kantonalen und eidgenössischen Ämtern, zumal als langjähriger Vorsteher des st. gallischen Erziehungsdepartements. Vielleicht ist hier des Materials nur zu viel aufgenommen worden, mag dieses auch die außergewöhnliche Arbeitsleistung des Gewürdigten bekunden. Auch hat die Aufteilung des Stoffes in die beiden Hauptabschnitte *Lebensbild* und *Werke* zu etlichen Wiederholungen geführt, und die Darlegung der häuslichen und

verwandtschaftlichen Verhältnisse ist bis in die Anfänge einer Familienchronik erweitert.

In einem eigenen Kapitel ist die Persönlichkeit weniger psychologisch als charakterlich gezeichnet: Tschudis trotz manchem leidvollen Erlebnis optimistische Gläubigkeit, seine Lauterkeit, Pflichttreue und Güte werden gebührend hervorgehoben.

Die Ermittlung aller schriftstellerischen Arbeiten hat manches kaum oder gar nicht bekannte Blatt der Erinnerung bewahrt und damit die Legende zerstört, Tschudi sei *homo unius libri* geblieben. Daß gleichwohl das «Tierleben der Alpenwelt» sehr ausführlich behandelt worden ist, wird durch die geradezu europäische Wirkung dieses Werkes gerechtfertigt. Nur scheint uns dessen künstlerische Eigenart und Größe zu summarisch charakterisiert.

Zu besonderem Dank wird sich der Leser verpflichtet fühlen, daß Emil Bächler seiner Biographie einige bisher nicht mehr publizierte Abschnitte aus Tschudis Schriftwerk beigegeben hat. Aus den natur- und volkskundlichen Aufsätzen geht überzeugend hervor, daß dieser Prosaist den künstlerisch deskriptiven Stil seines verehrten Vorbildes, Alexanders von Humboldt, in wahrhaft meisterlicher Art fortgesetzt hat.

S c h a f f h a u s e n.

W e r n e r B u r k h a r d.

JACQUES BÉNET, *Le Capitalisme libéral et le droit au travail*. Editions de la Baconnière, Neuchâtel 1947, 2 tomes pp. 309 et 299.

Contrairement à ce que son titre pourrait laisser croire, cet ouvrage n'est pas celui d'un économiste. En fait, il échappe à une définition précise tant la pensée de l'auteur est à la fois riche et diverse. On y trouve une vaste culture mise au service d'un grand talent de polémiste, un style qui s'apparente de façon étonnante à celui de Georges Bernanos, une pensée généreuse et ardente, un foisonnement d'idées dans lesquelles il est parfois malaisé de ne pas perdre le fil conducteur. Jacques Bénet se montre tour à tour philosophe, sociologue, historien et surtout catholique militant. Son œuvre n'est pas scientifique, car il est trop passionné pour rester complètement objectif, elle n'est pas académique, car son talent littéraire est trop riche et original pour se plier aux nécessités d'un exposé rigoureusement ordonné. Essayons cependant de dégager les grandes lignes de cet ouvrage.

Jacques Bénet étudie essentiellement cette période de 1830 à 1848 au cours de laquelle, en France, l'organisation du travail fut le centre de débats passionnés et de luttes violentes. Dans une description des conditions de travail au XIX^e siècle, basée sur de nombreux documents parmi lesquels l'enquête de Villermé figure bien entendu en bonne place, la situation misérable des travailleurs, à cette époque, est retracée avec beaucoup de réalisme. Constatant que la conscience économique du XIX^e siècle s'attachait à cette idée que les conditions de travail ne pouvaient résulter que

d'une libre tractation entre un ouvrier et un patron, notre auteur conclut par ces mots : « simulacre de liberté, cette anarchie contractuelle a provoqué un assujettissement de la classe ouvrière, assujettissement coupé d'émeutes, et aussi cette vague mortelle de paupérisme ».

Après ce sombre tableau dont l'exactitude n'est guère contestable, J. Bénét décrit l'organisation du travail dans les corporations, au Moyen Âge et sous l'Ancien Régime, avec une nostalgie qu'il ne cherche pas à cacher. Il constate que si le droit au travail est implicitement reconnu, l'organisation du travail est incontestable. Les conditions de vie de l'ouvrier auraient été bien meilleures qu'à l'époque suivante puisque : « il a fallu que plus d'un siècle s'écoule après la grande Révolution pour que soit restituée aux ouvriers, par le jeu d'une équitable organisation du travail, la protection que leur reconnaissait le Moyen Âge ». Passant alors à l'époque contemporaine, Bénét déclare qu'elle a rompu avec l'anarchie libérale. « Elle ne s'insurge plus contre le concept du droit au travail qui indignait si fort la conscience économique du siècle dernier ».

Ainsi est établi le hiatus que constitue la période 1830—1848, hiatus dont l'explication est recherchée dans l'analyse du concept de liberté.

Cette analyse est en réalité bien plus un exposé des vues de l'auteur qui, en citant de nombreux textes des physiocrates d'abord, puis des économistes libéraux, distingue la conception économique de la conception chrétienne de liberté. Chez les économistes libéraux, la liberté politique s'analyse en une abstention législative. L'absence de toute contrainte libère l'homme de toute servitude parce qu'elle crée la liberté. Pour Bénét, l'erreur du siècle passé a été de « croire que la créature peut valablement prétendre pour elle-même à cet état de liberté absolue qui ne saurait être que l'état spécifique du Transcendant Créateur ». Puis, passant du libre antagonisme des intérêts à l'ordre naturel qui en résulte et au non-interventionnisme, il montre la différence qui existe entre le concept de la loi naturelle chez les canonistes et chez les économistes. Pour les premiers, elle est considérée comme un ordre de morale transcendante proposé au libre arbitre de l'homme, ordre dont la projection sur le plan législatif va se résoudre en une réglementation à caractère impératif qui fournit au Moyen Âge le cadre de l'organisation du travail, c'est-à-dire la corporation. Au contraire les économistes du XIX^e siècle considèrent la loi naturelle comme une nécessité de fait, mais fatale et invincible, qui va conditionner un monde où le soin d'organiser le travail sera confié non plus au libre arbitre humain mais précisément à des invincibles fatalités.

Le libre jeu des lois naturelles aurait ainsi abouti dans la première moitié du XIX^e siècle à un asservissement, par la misère, de la classe ouvrière. Il a aussi provoqué les critiques des socialistes et stimulé le développement de leurs doctrines. Une comparaison entre le capitalisme et le marxisme vise à démontrer qu'ils sont voisins lorsque l'un et l'autre affirment la primauté de l'économique sur l'éthique. En reconnaissant un

caractère de nécessité aux lois naturelles, ils s'opposent fermement au socialisme dit utopique qui fut le socialisme — en particulier le socialisme français — de 1848.

Dans le second tome de cet ouvrage — qui, sans être aussi original ni personnel que le premier, a par contre une plus grande valeur documentaire — les tentatives faites pour que soit reconnu le droit au travail sont retracées de façon très vivante grâce à de nombreuses citations. Nous suivons ainsi les duels oratoires auxquels se livrent les tenants du capitalisme libéral, M. Thiers en tête, et ceux du droit au travail avec Louis Blanc. Nous assistons à la création de la Commission du Luxembourg et à ses travaux. Nous participons à la grande aventure des Ateliers Nationaux ainsi qu'aux émeutes et aux sanglantes répressions qui suivirent leur fermeture.

Les théories des socialistes français sont ensuite soumises à une étude qui, sans prétendre être originale ni complète, a pour objet de rechercher un commun dénominateur dans ce pullulement de doctrines novatrices qui s'affrontent en 1848. Le but visé est de montrer qu'elles «rompent avec l'anarchisme du capitalisme libéral et veulent, à quelque degré, l'organisation du travail, soit par une intervention directe de l'Etat, soit par une large association des classes laborieuses». Nous retrouvons ainsi Fourier et son phalanstère, Louis Blanc et l'associationisme, Proudhon, Sismondi, les Saints Simoniens et bien d'autres encore. Enfin nous revivons les débats parlementaires qui aboutirent à l'adoption en 1841 de la loi sur le travail des enfants, et au rejet en 1848 d'un amendement par lequel le droit au travail aurait dû être reconnu.

Ayant ainsi essayé de donner une idée du contenu de cet ouvrage riche de substance, nous laisserons à chacun le soin de former son jugement en souhaitant que les lecteurs de J. Bénét soient nombreux car son œuvre le mérite. Si la nature passionnée de l'auteur que l'on sent vibrer tout au long de ce livre lui a donné un tour polémique, il n'en apporte pas moins une abondante documentation sur cette période de l'histoire ouvrière et du développement de la pensée économique en France.

C'est une œuvre de critique qui doit être considérée comme la condition nécessaire d'un travail bâtisseur, écrit l'auteur dans sa conclusion. Opposé au capitalisme libéral, ainsi qu'au marxisme, dont il dit: «Au bout de la chaîne, il y a du côté capitaliste, la nécessité de la misère comme excellente stabilisatrice du marché et, du côté marxiste, le dogme de la lutte des classes», il cherche sa voie en deçà du marxisme, comme du capitalisme, où il reste, selon lui, un champ ouvert à des virtualités magnifiques. Ces virtualités «subsistent comme autant d'exigences de la raison en face de l'illogisme, du cœur en face de la vilénie, comme la haine de ce qui est bête marchant de pair avec la haine de ce qui est bas, comme subsistent ces deux lois qui suffisent à régler toute la république chrétienne».

Malheureusement, l'œuvre constructive ainsi annoncée ne verra jamais le jour car Jacques Bénét est mort en 1943, victime de la guerre. Avec lui

ont disparu une pensée d'une rare vigueur, une érudition peu commune à notre époque et un cœur ardent et généreux.

Bern.

Olivier Long.

HERBERT ARTHUR STRAUSS, *Staat, Bürger, Mensch*. Die Debatten der deutschen Nationalversammlung 1848/49 über die Grundrechte. Berner Untersuchungen zur Allgemeinen Geschichte, Heft 15. Sauerländer, Aarau 1947. 136 S.

Weil die politische Funktion der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt die geistesgeschichtliche überschattet, wird über ihrem Mißerfolg auf politischem Gebiet ihr ideengeschichtliches Testament leicht übersehen, das sich in der Erklärung der «Grundrechte des deutschen Volkes» zeigt. Schon der Literaturhistoriker Rudolf Haym bezeichnet es in seinem ersten Bericht über das Frankfurter Parlament als den verhängnisvollen Fehler der Versammlung von 1848, daß sie «zuerst das Recht des Individuums und sodann erst des Staats normieren wollte» (Frankfurt 1848, S. 51). Nach hundert Jahren deutscher Geschichte ist man eher bereit, die geistige Potenz, vor allem den hohen sittlichen Ernst der Nationalversammlung zu sehen, wozu die vorliegende Arbeit eines deutschen Historikers die Möglichkeit gibt. Sie enthält eine sorgfältige und klare Analyse der sich über Monate erstreckenden Debatten über die Grundrechte. Anhand des stenographischen Berichtes über die Verhandlungen, sowie der von Droysen und aus seinem Nachlaß herausgegebenen Akten, zeichnet Strauß das bewegte Bild der differenzierten und fluktuierenden Versammlung, indem er deutlich macht, welche geistigen, kulturellen, regionalen, wirtschaftlichen oder auch sozialen Interessen bei diesen Gesprächen über die Grundrechte aufeinandertrafen. Deutlich wird vor allem, wie die Ergebnisse der Auseinandersetzung sich anbahnten, als Kompromisse oder Mehrheitsbeschlüsse, und meist in Abänderung der Kommissionsvorschläge. Strauß legt den Akzent auf den ideengeschichtlichen Hintergrund der Debatten. Mit Parteischablonen konnte er dabei nicht operieren, denn die individuellen Ansichten der Votanten überwogen derart, daß sich politische Gegensätze im Verlaufe der Debatten häufig aufhoben und nicht selten politische Gegner von verschiedenen Standorten aus gleiche Ansichten vertraten.

Der Verfasser wählte die Sachgruppen «Staat — Bürger — Mensch», weil sich «an der Ausgestaltung der verschiedenen Sphären dieser Trias in den Grundrechten die Entwicklung des staatlichen Wesens am besten fassen läßt» (S. 50), doch führte er diese Aufteilung nicht konsequent durch und wies z. B. einige individuelle Freiheitsrechte der Gruppe «Staat» zu, nur weil sie in der Diskussion bei der Behandlung der teilstaatlichen Sonderstellung auftraten. Die Untersuchung wurde im ganzen streng systematisch geführt. Ihre Grenzen sind dem Verfasser bewußt; so verzichtet

er darauf, die Debatten gleichzeitig auch in ihrem chronologischen Ablauf zu sehen. Daher ruft die Arbeit einer Ergänzung: Um die Grundrechtsdebatten richtig sehen und würdigen zu können, genügt das Strauß'sche «innere» Bild der Frankfurter Versammlung nicht, der äußere Aspekt, der «Stimmungsablauf», muß ergänzend dazutreten. Denn die Anträge, wie sie aus den Verhandlungen der Ausschüsse resultierten, haben in der Vollversammlung manchen Zusatz oder manche Streichung erfahren müssen, die ideengeschichtlich unerklärlich und nur aus den personellen und zeitlichen Verhältnissen heraus verstanden werden können. Auf die Zeit der Grundrechtsdebatten fallen doch die Revolutionen und Gegenrevolutionen in den Bundesstaaten, in Frankfurt selber die Septemberunruhen, die auch im Parlament Wellen warfen. Bedauerlicherweise konnte Strauß seine Arbeit nach dieser Seite nicht erweitern.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß ein beträchtlicher Teil der Akten des Frankfurter Parlamentes in der Schweiz verschollen sind. Es handelt sich um jene Akten, die nach der gewaltsamen Auflösung des Parlamentes in Stuttgart 1849 in die Schweiz geflüchtet wurden, darunter alle Legitimitätsakten der Abgeordneten, die Protokolle und Register verschiedener Ausschüsse und die ganze Registratur, die allein ca. 400 Faszikel umfaßte. Untersuchungen über den Verbleib dieser Akten, an denen sich nach Angabe von Dr. Karl Demeter-Frankfurt Schweizer Historiker beteiligten, blieben bisher erfolglos (vgl. Festschrift: 1848—1948. Jahrhundertfeier der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche Frankfurt am Main, Frankfurt 1948). Für seine Arbeit hätte aber Strauß die erreichbaren Akten des Frankfurter Archives beiziehen müssen, speziell die Sammlung der Petitionen an die Nationalversammlung, die u. a. ebenfalls Material zur Grundrechtsfrage und zum Verständnis der in der Nationalversammlung abgegebenen Voten enthält. In der Literaturangabe fehlen, wenn wir von Otto Gierkes grundlegenden Schriften absehen und angesichts der Flut von Schriften zur Grundrechtsfrage eine Beschränkung auf Wesentliches für angezeigt erachten, nur die beiden neueren Arbeiten Wilhelm Hofackers («Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen», Stuttgart 1926; «Die Auslegung der Grundrechte», Stuttgart 1931).

Sprachlich befriedigt die Arbeit da und dort nicht. Wir lesen S. 52: «Im Plenum bemühten sich zunächst einige ganz individuelle Definitionsversuche um die Klärung des Begriffs . . .», und S. 56: «Durch Hinzufügung der Bedingung der Unterhaltbarkeit zur Unbescholtenheit des Entwurfs wurde das Problem des föderalistischen Aufbaus jedoch auf die Gemeinden verschoben . . .». An einer andern Stelle wird der Gedanke der Gleichheit «auf die gleiche Ebene einnivelliert» (S. 112), das Schwergewicht auf den «ideellen Aspekt verschoben» (S. 80) oder von einem «reformationserregenen System landesfürstlicher Kirchenherrschaft» gesprochen (S. 79). Abgesehen von diesen wenig sorgfältigen Formulierungen gefällt die Schrift durch ihre Straffheit in der Gedankenführung. Obschon sie keinen direkten

Beitrag zur schweizergeschichtlichen Forschung darstellt, kann sie doch zu Vergleichen mit dem schweizerischen Werk von 1848 Anlaß geben, das das Werk einer hohen Stunde und nicht von monatelangen Debatten ist.

D A V O S - D O R F .

A L B E R T S C H O O P .

WILLIAM E. RAPPARD, 1848—1948. *La Constitution Fédérale de la Suisse. Ses origines. Son élaboration. Son évolution.* Boudry, La Baconnière, 478 pages in-8^o.

En vue du centenaire de 1848, la fondation Pro Helvetia, suivant une initiative de Mr. le Conseiller Fédéral Philippe Etter a demandé à Mr. le professeur William Rappard une étude scientifique sur la constitution fédérale. Le volume qui vient de paraître, en même temps que ses traductions allemande et italienne et qui a été largement distribué (ce qui est heureux, étant donné son prix élevé en librairie) pourrait donc apparaître comme une publication officielle. Mr. William Rappard a cependant tenu dans son Avant Propos à en revendiquer seul l'entière responsabilité et à bien insister sur son caractère personnel. La question à laquelle il a voulu répondre est avant tout celle-ci : Comment et pourquoi l'ancienne Confédération des cantons helvétiques s'est-elle muée en Etat fédératif ? Il s'agit donc d'une étude d'histoire nationale à laquelle ses travaux antérieurs l'avait excellemment préparé. En même temps, l'expérience suisse se présentait à lui comme une contribution particulièrement suggestive à la préparation d'une communauté internationale, objet depuis plusieurs années de ses soins et de ses efforts. On pouvait d'emblée être sûr qu'envisagé sous cet angle et entrepris par un auteur de cette autorité ce livre du centenaire serait une œuvre d'une vigoureuse et remarquable originalité.

Cela est bien le cas et les mérites de l'enquête historique à laquelle s'est livré Mr. Rappard ne le cèdent en rien à la clarté de ses exposés et à la pénétration de ses idées générales. Son Avant Propos contient d'ailleurs une page singulièrement instructive pour l'appréciation de l'ouvrage et si utile pour la mission de l'historien qu'il vaut la peine de la reproduire ici :

« Pour apprécier avec équité des événements tels que la genèse et l'évolution de la Constitution de 1848, et pour faire la juste part aux vertus et aux défaillances civiques qui en marquèrent le cours, il faut que l'historien se rende compte qu'il n'est ni un défenseur, ni un accusateur public, ni même un juge appelé à rendre des arrêts qui s'imposeraient à tous. Pour prétendre à l'autorité du juge, en effet, il lui manque tout d'abord, au sujet des faits infiniment variés et complexes qui sont l'objet de son examen, des informations comparables à celles dont un magistrat consciencieux peut et doit s'entourer avant de trancher les litiges particuliers qui lui sont soumis. Et il lui manque surtout une loi certaine à appliquer. Apprécier des événements historiques, ce n'est donc pas juger de faits connaissables à la lumière d'un code reconnu par tous. C'est émettre, au sujet de faits toujours incom-

plètement connus, des avis où se reflète fatalement la philosophie de l'auteur, c'est à dire ses préférences et ses répugnances intimes, qui ne seront jamais partagées par tous et dont il sera toujours loisible à chacun de contester la légitimité ou la valeur objective.

Cette vérité dont la méconnaissance par beaucoup d'historiens peut seule expliquer leur dogmatisme, doit incliner celui qui s'en est pénétré, sinon à l'abstention totale de toute appréciation morale — attitude qui serait logique, mais qui pourrait paraître inhumaine — du moins à une très grande prudence et même à une extrême réserve. Ce que l'on est en droit de demander à un historien digne du nom de savant, c'est en fait l'instruction d'un procès beaucoup plus que son jugement. Et cette instruction même ne saurait être conduite avec trop de rigueur. C'est dire qu'elle doit s'inspirer de la seule volonté impartiale de connaître et de comprendre la réalité passée telle qu'elle a été, et non pas du désir tendacieux de suggérer, quant à ce passé ou même à l'avenir, des conclusions conformes aux vues et aux voeux préconçus de l'auteur».

On connaît par ailleurs la méthode de Mr. Rappard. C'est aux sources qu'il s'adresse directement et par sources, il faut entendre non seulement la documentation officielle, procès-verbaux, instructions et messages, mais aussi les documents personnels tels que les journaux et les notes des membres des commissions qui ont élaboré la constitution de 1848 leurs biographies, les comptes rendus de la presse et naturellement les relations et les commentaires des juristes et des historiens. Sans négliger cette dernière littérature qu'il connaît bien, Mr. Rappard n'a pas alourdi sa rédaction de notes, mais il a fait un abondant usage des citations dans son texte, ce qui fait de son livre un précieux recueil. D'autre part il n'a pas voulu refaire ce que ses devanciers avaient fait et bien fait. Il s'est attaché aux faits pour en dégager la signification et ne s'est jamais départi de son intention, qui était de faire comprendre et d'expliquer. C'est bien en cela que réside l'originalité de son œuvre, et ce n'était pas une entreprise facile que celle de découvrir dans les dédales des débats et dans le mouvement des esprits des lignes directrices, les principes et les facteurs déterminants d'une évolution politique dont le peuple suisse a rarement l'occasion de se rendre compte lui même.

Après l'Avant Propos et l'Introduction, *1848—1948* compte quatre parties: Les origines de la Constitution de 1848. — Les dispositions principales de la Constitution de 1848. — L'évolution de la Constitution de 1848 — et une dernière partie très courte, mais qui est la conclusion des trois autres: La Constitution de 1848 et les destinées nationales. A ces quatre parties viennent s'ajouter les textes de la Constitution de 1848 et de celle qui est actuellement en vigueur, un index et une table des matières. Ainsi rien n'a été négligé pour que le volume soit à la fois un exposé historique précis une explication rationnelle riche de pensée et un instrument de travail d'utilisation facile.

Remontant aux origines, Mr. Rappard part de 1798. Si l'ancien régime

ne connaissait pas en réalité de gouvernement fédéral, la République Helvétique, elle, a manqué son but, mais elle a introduit dans le droit public de la Suisse l'égalité des citoyens et des pays devant la loi. L'Acte de Médiation annulait la Suisse politiquement. Il n'en a pas moins défini la fédération des cantons et son influence dans les débats du 19^{ème} siècle n'a point été négligeable. Quant au Pacte fédéral de 1815, dont Mr. Rappard retrace la genèse, s'il relâche le lien fédéral, s'il est «un compromis et même un pis aller», il dépasse l'Acte de Médiation en améliorant le système de sécurité collective par la création d'une armée nationale. En revanche une de ses principales faiblesses est son incapacité en matière économique et Mr. Rappard de décrire les difficultés de la politique commerciale de la Suisse à l'époque de la Restauration. Il trouve cependant à ce régime de libéralisme forcé un avantage, celui d'avoir préparé l'extension commerciale de la Suisse.

La Régénération des cantons libéraux a accentué la nécessité d'une réforme fédérale, proposée par Thurgovie le 25 mars 1831. La doctrine libérale évoluant vers le radicalisme «plus rationaliste que mystique ne pouvait qu'être favorable à l'unification nationale». Elle énonce son programme qui est celui de la souveraineté populaire, de l'égalité politique et de l'émancipation des campagnes.

Mr. Rappard attache une grande importance à la tentative de révision de 1832, à cause de l'influence exercée par l'œuvre de la commission de 1832 sur celle de la commission de 1848. L'Acte fédéral de 1832 demeure un compromis entre l'esprit de la Restauration et les tendances les plus hardies de la Régénération. Au cours des débats de la commission de la Diète, il est déjà question du bicaméralisme des Etats Unis. Mais le principe de l'égalité de la représentation des cantons triomphe avec un système un peu compliqué pour les délibérations de la Diète, un Conseil Fédéral et un Landamann, de plus une innovation importante, la Cour Fédérale. Cette œuvre du juste milieu se heurte à l'intransigeance des deux oppositions et l'ajournement est prononcé à la Diète de 1833. Dès lors et jusqu'en 1847, la révision du Pacte Fédéral figure aux ordres du jour de la Diète sans entraîner d'autres conséquences que de préciser certaines conceptions d'un Etat fédératif que les événements du Sonderbund allaient brusquement rendre réalisable.

Ce n'est du reste pas sur ces événements si connus qu'insiste Mr. Rappard, mais bien sur la décision de la Diète du 16 août 1847 confiant à une commission l'élaboration d'une nouvelle constitution et sur les facteurs qui ont déterminé cette élaboration. Les cantons partisans de la réforme sont ceux qui sont déjà acquis à la démocratie libérale et radicale, qui éprouvent plus nettement leur solidarité avec la majorité confessionnelle et linguistique, qui sont les plus évolués sur le plan industriel et commercial. Les chefs du mouvement sont des hommes nouveaux appartenant à la bourgeoisie des villes secondaires. La Régénération de 1830 n'a été que cantonale. Elle devient fédérale en 1848 par suite de l'ébranle-

ment des principes de la Sainte Alliance, car les vices et les insuffisances du Pacte de 1815 ont été particulièrement ressenti à cette époque de crise quant à la sécurité intérieure et extérieure. Mais les facteurs économiques et idéologiques ne doivent pas être sousestimés. Il s'est aussi agi d'accroître la prospérité nationale et la révolution industrielle a facilité l'avènement d'une classe sociale qui a joué le rôle d'un tiers état. Les idées de liberté et d'égalité ont correspondu aux intérêts de cette classe qui a dirigé la victoire du radicalisme autoritaire et étatiste.

Les six chapitres de la seconde partie traitent des dispositions principales de la Constitution de 1848. Ils entrent dans des détails que l'auteur a mis un grand soin à fixer avec précision. La commission de la Diète est composée d'hommes jeunes, aux origines souvent révolutionnaires, qui contrasteront avec leur expérience politique et leur modération. Ses travaux sont décrits à l'aide du Protocole officiel complété à l'aide des articles de la presse et d'un certain nombre de journaux privés dont ceux de Furrer et de Frey-Hérosé. Le projet qu'elle élabore avec une grande diligence ne subit de la part de la Diète que des amendements peu importants. Les cantons se prononcent alors suivant les formes prescrites de leurs constitutions. Mais peut-on changer le Pacte Fédéral sans obtenir l'unanimité des cantons? Par son décret du 12 septembre 1848, la Diète répond à cette objection juridique, appuyée par les Puissances garantes de la neutralité helvétique, que la constitution a été acceptée par 15 cantons et un demi canton et par une majorité comptant 1 897 887 âmes et la déclare loi fondamentale de la Confédération Suisse.

L'analyse de la Constitution de 1848 à laquelle s'est livré Mr. Rappard est à la fois systématique et historique. Systématique en ce qu'elle examine successivement la structure de la Confédération, les droits et les devoirs des citoyens des cantons et de la Confédération. Historique en ce qu'elle restitue la genèse de ses principales dispositions par l'examen des débats et de nombreuses citations de textes. On serait bien embarrassé de résumer cette suite d'exposés si fouillés, si l'auteur n'avait pas pris soin de le faire lui même (p. 268—269). Le véritable auteur de la Constitution de 1848, nous dit-il, est la commission de la Diète. Les 107 articles de son projet se répartissent en deux parties. La première concerne la structure de l'Etat fédératif. Elle est seule à pouvoir réclamer la qualité d'œuvre originale. Elle innove par son institution du bicaméralisme, transaction entre deux principes inconciliables appliquée aux Etats Unis, mais inspirée par des causes semblables. La seconde partie traite des droits et des pouvoirs cantonaux et fédéraux et de ceux des citoyens. Elle provient de l'œuvre de la commission de 1832.

S'agissant du centenaire de la Constitution de 1848, l'étude demandée à Mr. William Rappard n'aurait pas été complète si elle ne s'était pas étendue à la constitution actuelle, soit si elle n'avait pas envisagé les 48 modifications constitutionnelles qui ont abouti jusqu'à 1948. Dans cette

troisième partie de son livre, Mr. Rappard a passé en revue, textes et chiffres des votations à l'appui, les révisions constitutionnelles, à commencer par celle de 1866, en insistant sur la révision générale de 1874, puis en décrivant cas par cas l'évolution constitutionnelle jusqu'à nos jours. L'explication de ces changements nous est toujours fournie selon la même méthode, celle de la recherche des mobiles, des facteurs et des circonstances. Le rôle de l'initiative populaire y est mis en évidence, comme ceux du Parlement du Gouvernement et de l'opinion publique. Mais était-il possible de donner des tendances exprimées par ces longs débats qui se relient souvent assez mal entre eux une vision d'ensemble? Il fallait pour cela tout le discernement et l'expérience d'un auteur qui a réussi à nous donner de cette évolution les caractéristiques suivantes: Tout d'abord, l'atténuation de l'anticléricalisme. L'élément idéologique subsiste dans l'idéal démocratique, cependant affaibli les derniers temps. En revanche depuis 1874, la sécurité extérieure et intérieure, l'amélioration de la santé et de l'instruction, prennent une grande place, parallèlement avec la production nationale la protection sociale des faibles et l'accroissement des recettes de la Confédération.

Le peuple a mis sa puissance au service de ses intérêts. Il a subi l'influence de la technique et de ses effets sur la vie sociale. La Constitution de 1848 possédait incontestablement des qualités d'équilibre. La constitution actuelle ne peut pas les revendiquer au même titre. Par ses dispositions multiples et hétérogènes elle a perdu son caractère essentiel de loi fondamentale. L'initiative populaire n'étant que constitutionnelle et la démocratie directe ne se conciliant pas avec le contrôle judiciaire de la constitutionnalité des lois, les distinctions entre la constitution et la loi se sont singulièrement obscurcies et seule une révision générale permettrait de remettre de l'ordre dans l'édifice de base. Il est vrai que l'étatisme n'est pas particulier à la Suisse, mais qu'il se présente actuellement comme un phénomène universel. Mr. Rappard dans son dernier chapitre n'en rend que plus fermement un hommage persuasif à l'œuvre de 1848, à la solution fédérative, suisse par son inspiration et son élaboration « produit du bon sens, de l'équité et de la modération d'un groupe de magistrats et de leurs diligentes délibérations, poursuivies dans un remarquable esprit de conciliation ».

Si à la suite de Mr. William Rappard, l'historien renoncera à faire fonction de juge, le lecteur de son magistral volume ne pourra faire autrement que de considérer comme fondées ses salutaires leçons. Il s'agit là n'est-il pas vrai, non pas d'une condamnation des hommes et de leur politique, mais d'une juste appréciation des faits et des idées. Grâce à la maîtrise de son auteur à son sens civique, la commémoration de 1848 a reçu par ce volume, son couronnement intellectuel et l'évolution historique de tout un siècle une explication d'une portée décisive.